Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 150. Sonnabend, den 29. Juni 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Freisinn und das Wahlrecht.

Durch die Presse ging dieser Tage die Nachricht, daß ein von der sozialdemokratischen Fraktion der bremischen Bürgerschaft gestellter Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für dieses Parlament auch von den Fortschrittlern unterstützt worden sei. Wie sich jetzt herausstellt, ist diese Nachricht nur zum Teil richtig gewesen. Nicht alle der Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei angehörenden Mitglieder des Hauses sind für das demokratische Wahlrecht eingetreten, und ein sehr bekanntes Mitglied der Partei, der Chefredakteur der „Weser-Zeitung“, E. Fitger, hat sogar in der Sitzung selbst und später auch noch in seinem Blatte den Versuch gemacht, seine und seiner engeren Freunde ablehnende Haltung unter Berufung auf das freisinnige Programm sowohl wie auf die allgemeine politische Situation des Staates Bremen zu rechtfertigen.

Die Fortschrittler fordern programmatisch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Männerwahlrecht für den Reichstag und die bundesstaatlichen Parlamente, nicht aber für die Vertretungskörper der Kommunen. Dahinter pflegen sich die freisinnigen Reaktionäre in den deutschen Stadtstaaten zu verschanzen. Sie sagen: die freien Städte haben zwar staatsrechtlich den Charakter von Bundesstaaten, aber der Umfang ihres Verwaltungsgebiets läßt sie mit den größeren Kommunen auf einer Stufe rangieren, und so sind wir keineswegs durch unser Programm gezwungen, das gleiche Wahlrecht zu verlangen. Nur in Hamburg weht ein etwas radikaler Wind, aber genau wie jetzt Herr Fitger in Bremen haben die Freisinnsmannen in Lübeck gehandelt, und sie konnten sich dabei auf die Zustimmung der Parteileitung in Berlin berufen. Die Ansicht, daß die Freistädte vom Wahlrechtsstandpunkt aus gesehen nicht als Bundesstaaten gelten, wird also von der Fortschrittlichen Volkspartei gutgeheißen und anerkannt.

Öffentlich Gründe für die zwiespältige Haltung gegenüber dem kommunalen und dem staatlichen Wahlrecht anzugeben, vermeidet man nach Möglichkeit, und muß schon einmal irgendwo Farbe bekannt werden, so kommen im besten Fall Verlegenheitsphrasen heraus, die die Inkonsequenz nicht verständlicher machen. Im schlimmeren aber offenbart sich der rückständige Geist, der im Freisinn lebt, und zeigt sich die Furcht des „entschieden“ liberalen Bürgertums, durch gar zu energische Betonung seiner berühmten Ideale in seinen wirtschaftlichen Interessen geschädigt zu werden.

Eugen Richter hat sich mit Händen und Füßen gegen das Reichstagswahlrecht für die Kommunen gesträubt und seine Argumente waren dieselben, die jetzt Herr Fitger vorbringt und in die einfache Formel zusammenfaßt: „Es wird der Fortschrittlichen Volkspartei gar nicht einfallen, die Kommunen der Sozialdemokratie auszuliefern.“ Und wie Fitger in Bremen so steht Cassel in Berlin, so steht der ganze Kommunalfreisinn allenthalben. Nur daß er in einer günstigeren Position ist als seine Bremer und Lübecker Zweigstellen, weil er denen gegenüber auf seine Machtlosigkeit hinzuweisen vermag: die Änderung des Wahlsystems in den wirklichen Kommunen kann ja nur vom Staate ausgehen.

Sie werfen sich in die Brust und fordern das demokratische Wahlrecht im Reich, wo wir es schon haben; sie fühlen sich in tiefster Seele gekränkt, wenn man ihre Ehrlichkeit und vor allem ihre Entschlossenheit im preußischen Wahlrechtskampf anzweifelt; aber in der Kommune ist das ganz etwas anderes. Die dürfen nicht an die Sozialdemokraten ausgeliefert werden. Herr Fitger setzt das noch weiter auseinander: Gerade das starke Anwachsen der Sozialdemokratie mache die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts immer mehr unmöglich. In den fünfziger, sechziger und siebenziger Jahren hätte man viel eher darüber sprechen können als jetzt.

Sind das nicht köstliche Geständnisse? Man ist Demokrat, man steht auf dem Boden des gleichen Wahlrechts; aber nur dort und nur so lange, als es nicht der Sozialdemokratie zum Siege verhilft.

Droht diese Gefahr, dann flüchtet man sich hinter den Wall eines Zensus oder Klassensystems. Der Freisinn unterscheidet sich also von den Konservativen nur dadurch, daß er im Reich und in den Bundesstaaten den Moment zur Errichtung von Schutzwehren gegen die schlimmen Wirkungen eines freien Wahlrechts noch nicht für gekommen hält. Die beiden Parteien streiten sich also nicht um ein Prinzip, sondern nur um einen Zeitpunkt.

Man hat in der Bremer Bürgerschaft Herrn Fitger den Zwischenruf gemacht: Schwarzburg-Rudolstadt. Mit Recht. In diesem Bundesstaat gibt es bekanntlich eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit, und wenn die Fortschrittler Fitgerscher Färbung nur ein wenig Konsequenz im Leibe haben, werden sie verlangen müssen, daß der Wahlrechtsparagraph ihres Parteiprogramms auf dieses Land schon heute keine Anwendung mehr finden darf. Sie ziehen damit nur die logische Schlußfolgerung aus dem Verzicht, dem Einwohner der Kommune dasselbe Recht zu geben, das sie augenblicklich dem des Reiches und des Staates gewährt sehen wollen.

Wir wissen, daß sich im fortschrittlichen Lager einiger Widerspruch würde bemerkbar machen, wenn der von Fitger gewählte Maßstab ganz allgemein an das Wahlsystem angelegt werden sollte. Aber so lange man sich nicht rückhaltlos zu dem demokratischen Kommunalwahlrecht bekennt und für die Beseitigung aller Ungleichheiten seine Kraft einsetzt, darf man sich nicht wundern, wenn der Schwur, man wolle in den Staaten, vor allem in Preußen, „voll und ganz“ und „unentwegt“ die Fahne des Wahlrechts hochhalten, nicht für so ganz ernst genommen wird. Der Eindruck wird immer der sein: die Freisinnigen treten nur dort für das gleiche Wahlrecht ein, wo sie entweder nichts zu verlieren haben oder wo ihre Stimmen nichts bedeuten. In den anderen Fällen schützen sie das Gemeinwesen gegen die Überflutung durch die Sozialdemokratie, das heißt: sie sorgen dafür, daß der wirtschaftliche Vorteil der von ihnen vertretenen Schicht des Bürgertums nicht irgend welchen schönen, aber unprofitlichen demokratischen Idealen geopfert wird.

Der Geldsacktiberalismus bekommt auch bereits seine wohlverdienten Prügel von den „Berliner Politischen Nachrichten“, deren höhnische Auslassungen wir bereits am Donnerstag mitgeteilt haben.

Die Fortschrittler im preußischen Landtag haben wiederholt den Antrag gestellt, das Reichstagswahlrecht für die preußischen Landtagswahlen einzuführen. Und sie behaupten, daß ihre Anträge ernst gemeint waren. Von dem verstorbenen Abgeordneten Traeger, der früher diese Anträge wiederholt begründete, darf man auch ohne weiteres annehmen, daß er ehrlich bestrebt war, das schmachvolle preußische Wahlsystem zu brechen. Wie steht nun aber dieser Fortschritt da, wenn ihm junkerliche und kapitalistische Scharfmacher die Haltung des bremischen Liberalismus, wie hier geschehen, entgegenhalten können, wie stellt sich dieser Fortschritt zu der Charakterlosigkeit der „Weser-Zeitung“, deren hervorragendster Mitarbeiter der frühere fortschrittliche Vertreter Bremens im Reichstage, Hormann, ist? Entweder muß die fortschrittliche Partei die Bremer Liberalen rücksichtslos zurechtweisen, oder sie muß sich gefallen lassen, als mitschuldig betrachtet zu werden. Letzteres wird wohl das Richtigste sein.

Politische Rundschau

Deutschland.

Also doch!

Die „Germania“ polemisiert gegen die liberalen Blätter, die behauptet hatten, der bayerische Kultusminister sei bei Abfassung seines Erlasses gegen die Guttempler durch einen Hirtenbrief des Bischofs von Keppler beeinflußt worden. Das Zentrumsblatt verneint dies, um es im nächsten Satz zu bestätigen, indem es schreibt: „Es ist völlig unwahr, daß der Herr Erzbischof von München Veranlassung genommen hat, in irgend einer Weise oder irgend einer Form die Entschließungen des Herrn Kultusministers von Knilling zu beeinflussen. Der Herr Erzbischof hat es zu einer selbstverständlichen Pflicht sich gemacht, nur insofern es sein Amt mit sich bringt, in Erörterungen mit dem Ministerium einzutreten.“ — Also sogar Erörterungen sind vorher gepflogen worden!

Ein neues Kaiserschloß.

Der Wiesbadener Magistrat verhandelt mit der luxemburgischen Finanzverwaltung über die Erwerbung des der luxemburgischen Krone gehörenden Jagdschlosses Platte bei Wiesbaden. Das Schloß soll zwei Millionen Mark kosten. Die Stadtverwaltung Wiesbaden will dem Kaiser ein neues Schloß erbauen und dazu den luxemburgischen Besitz verwenden. Die Stadt Homburg hat seinerzeit eine Leitung ihrer Heilquellen ins königliche Schloß führen lassen, sodaß das Kaiserpaar die Mineralbäder im Schloß selbst zur Verfügung hat. Nun will Wiesbaden nicht zurückbleiben und gleich ein neues Kaiserschloß bauen, da es besonders der Kaiserin in dem alten Schloß, das inmitten des Straßenlärms der Stadt liegt, nicht mehr gefallen soll.

Der Kronprinz und sein Gott.

Der Kronprinz hat ein Jagd-Tagebuch geschrieben, das im Verlage der „Deutschen Verlagsanstalt“ in diesen Tagen erschienen ist. In den Schlußbetrachtungen seines Buches legt der Kronprinz auch so etwas wie ein kirchliches Bekenntnis ab. Er schreibt:

„Über religiöse Gefühle und Auffassungen zu sprechen, ist eine diffizile Sache. Ich weiß nur das eine: ich, dem die Maxime des großen Ahnherrn: „In meinem Staat kann ein jeder nach seiner Façon selig werden“ aus innerster Seele gesprochen ist, hab mich meinem Gotte nie näher gefühlt, als wenn ich — die Büchse über den Knien — in der goldenen Frühe des einsamen Hochgebirges oder in der rührenden Stille des abendlichen Forstes saß.“

Die Geschorenen und Gescheiteten wird dieses Bekenntnis mit stillem Ingrimm erfüllen; nichts ist neu oder besonders groß an dem Gedanken, den schon viele religiös gesinnte Männer vor ihm aussprachen, aber daß der Kronprinz, der Mann mit der Anwartschaft auf die Kaiserwürde, ein so geringes Bedürfnis für die muffigen Kirchen an den Tag legt, und daß die berufsmäßigen Kirchenredner nicht mit synodalen Ketzergerichten gegen die prinzliche Mißachtung der Kirchen vorgehen können, das wurmt die „frommen Patrioten“. Die Gesellschaft würde dem Kronprinz nicht verargen, wenn er zur Auslösung seines religiösen Gefühls, zur Erweckung der Gottnähe — Vision — die todbringende „Büchse über den Knien“ gebrauchte, wenn er wenigstens dabei in der Kirche bliebe.

Da ist Wilhelm, der Kirchenbauer, doch ganz anders. Vielleicht sorgt er auch, daß in einer zweiten Auflage des Jagd-Tagebuchs der unangenehme Satz wegbleibt.

Der Fürsorgeerziehungstag in Dresden

ging Mittwoch zu Ende. Nach einem von geringer Sachkenntnis zeugenden Referat des neuen Geschäftsführers, Pastor Friedrich, über „Presse und Fürsorgeerziehung“ sprach Direktor Dr. Petersen-Hamburg über „Das Recht der Kinder auf Erziehung und seine Verwirklichung.“ Der Grundgedanke des Referats war, daß dem Kind nicht nur, wie schon jetzt im Bürgerlichen Gesetzbuch ein privatrechtlicher Anspruch auf Erziehung gegen den Vater zustehen müsse, sondern daß der Staat auch für sich, und die seiner Aufsicht unterstehenden Gemeinden und Provinzialverbände öffentlich-rechtlich eine Pflicht, die Erziehung zu sichern, übernehmen müsse. In einem Reichsgesetz über das gesamte Ersatzerziehungs- und Erziehungsaufsichtswesen müßte diese Pflicht als Ausgleich für das Recht des Staates, Kinder in Fürsorgeerziehung zu bringen, festgestellt werden. Diesem Programm traten mehrere Redner entgegen, die zum Teil — unter dem Widerspruch des Referenten — von der Anerkennung der Erziehungspflicht die völlige Beseitigung des Verantwortlichkeitsgefühls der der Jugendlichen befürchteten. Andererseits wurde gesagt, die Forderung nach einem Reichsgesetz könnte den preußischen Landtag noch mehr gegen jede Ausgestaltung des preußischen Fürsorgeerziehungsgesetzes einnehmen, mit dem man recht zufrieden sei. (Man sieht, daß die Angst vor dem Junkerterror der Hemmschuh aller Entwicklung ist!) Der Berliner Amtsgerichtsrat Löhne wünschte ein Reichsgesetz, schon um die jammervollen Zuständigkeits- und Heimatsrechtstreitereien abzuschaffen. Er wandte sich auch gegen die von Petersen geforderte Entfernung der Vormundschaftsrichter von der verantwortlichen Leitung der Fürsorgeerziehung, doch wurde ihm vom Referenten mit Recht erwidert, daß die Jugendlichen um eine Beschwerdeinstanz kommen, wenn der Vormundschaftsrichter selbst entscheidende Verfügungen trifft! —

Eine Resolution im Sinne des Petersenschen Referats wurde schließlich nicht angenommen, sondern dem Rechtsausschuß zu weiterer Beratung überwiesen. — Der nächste Allgemeine Fürsorgeerziehungstag ist 1914 in Halle.

Zum Völkerschlacht-Rummel.

Im nächsten Jahre wird das patriotische Deutschland anläßlich der Erinnerungstage an die sogenannte Völkerschlacht bei Leipzig im Jahre 1813 in Verzückung geraten. Schon jetzt werden die Vorbereitungen getroffen, an welchen auch der Bundesrat seinen Anteil hat. In seiner Sitzung vom Donnerstag erteilte er dem Antrag des Königreichs Sachsen betr. Prägung von Denkmünzen aus Anlaß der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals bei Leipzig die Zustimmung. — Einem „tiefgefühlten Bedürfnis“ ist also entsprochen worden!

Die Reise nach Rußland.

Kaiser Wilhelm wird demnächst mit dem Zar in den finnischen Schären zusammenkommen, und Bethmann-Hollweg, der deutsche Kanzler, begibt sich im Anschluß an die Kaiserbegegnung in das Zarenreich. Er will Petersburg, Moskau und Warschau besuchen. Das bürgerliche Preßgelichter zerbricht sich nun den Kopf über die Ursache die-

ser Annäherung an Rußland. Da v. Bethmann auch mit dem russischen Minister des Äußeren, Strasonow, zusammenkommen will, so wird vermutet, es handle sich um eine Stellungnahme der beiden Regierungen zu dem italienisch-türkischen Kriege. — Wichtiger würde es sein, der Kanzler spräche ein kräftiges Wort über die fortgesetzten freundnachbarlichen Grenzzwischenfälle.

Die bayrische Regierung auf dem Kriegspfade.

In der Abgeordnetenkammer des bayrischen Landtages proklamierte am Donnerstag der Minister des Innern den Grundsatz, daß ausgesprochen zielbewußte Sozialdemokraten zu Bürgermeistern nicht bestätigt werden. Herr v. Soden spielte den starken Mann und meinte herausfordernd, man solle gegen ihn doch die Ministeranklage erheben. Mit schneidender Schärfe wies Segitz die Auffassung des Ministers zurück, die eine vollständige Abkehr von der früheren Praxis bedeute und verspottete die Beschränkung der Nichtbestätigung auf ausgesprochen zielbewußte Sozialdemokraten. Unser Redner wiederholte auch heute dreimal die Anklage des glatten Verfassungsbruchs, ohne daß der Präsident einzuschreiten wagte. Erst nach Schluß der Rede erhielt Segitz einen Ordnungsruf. — Die Erklärung des Ministers begrüßte der Zentrumsbaron v. Frankenstein, nur den Unterschied der Zielbewußtheit wollte er nicht gelten lassen. Alle Sozialdemokraten seien gleich gefährlich. Stürmische Zwischenrufe erinnerten den Redner an die frühere Haltung des Zentrums und an den Kulturkampf.

Nachdrücklich bekämpfte auch der liberale Professor Günther diese ausnahmerechtliche Behandlung der Sozialdemokraten und wandte sich auch gegen die Ordnungsrufe des Präsidenten. Die Verfassung selbst erfordere es, daß ein Abgeordneter den Vorwurf des Verfassungsbruches ausspricht, wenn er hierzu Anlaß zu haben glaubt. Es sei unzulässig, dieses Recht des Abgeordneten durch die Geschäftsordnung aufzuheben.

Genosse Süßheim erinnerte daran, daß der vom Kultusminister verbotene Guttemplerorden vom Kaiser empfohlen worden sei; man solle doch „Onkel Hertling" veranlassen, nun den Kaiser deshalb abzusetzen.

Der geistige Tiefstand des Zentrums offenbarte sich am Schluß der Sitzung. Man ließ einen Zentrums-Bürgermeister reden, der solchen Unsinn schwatzte, daß die Linke Dreiviertelstunden lang hinter jeden Satz des Redners eine Reihe fröhlicher Bemerkungen einflocht; das Haus wurde unablässig von Explosionen des Gelächters erschüttert.

Hessische Besoldungsreform.

Seit dem Jahre 1898 haben die hessischen Staatsbeamten keine Aufbesserung ihrer Gehälter, Wohnungsgelder 2c. erhalten. Bei jeder Landtags- und Reichstagswahl suchten die bürgerlichen Parteien die immer unzufriedener gewordenen Beamten mit dem Hinweis auf die nun ganz gewiß demnächst kommende Besoldungsreform zu beschwichtigen.

Das Resultat der letzten Landtags- wie Reichstagswahlen ließ es der Regierung aber doch wohl angebracht erscheinen, endlich das trügerische Spiel mit nie eingelösten Versprechungen aufzugeben.

Nun stehen die hessischen Staatsfinanzen äußerst schlecht, Hessen hat von allen deutschen Bundesstaaten die verhältnismäßig höchste Schuldenlast. Die günstige wirtschaftliche Konjunktur hatte im letzten Jahre aber etwas bessere Einnahmen aus der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft erbracht und ließ solche auch für das nächste Jahr erhoffen. Vor ein paar Monaten brachte daher die Regierung eine Vorlage, die Besoldungsreform betreffend, heraus, zugleich mit gewissen Vorschlägen zur Deckung der erwachsenen Mehrausgaben. Nach wochenlanger Arbeit hat der Finanzausschuß die Vorberatung beendet und die am nächsten Dienstag, dem 2. Juli, zu einer kurzen Sommertagung zusammentretende Zweite Kammer soll die letzte Hand an das schwere Werk legen.

Die Besoldungsvorlage der Regierung sah auf den ersten Blick ganz akzeptabel aus, schlug sie doch, von den unteren Beamtenstufen angefangen, eine Erhöhung der Gehälter und Wohnungsgeldzuschüsse von 15 Proz. an bis herunter zu 4 Proz. für die höchsten Beamtenstellen vor. Leider war das eine Täuschung. Man hatte beim Wohnungsgeld nach oben hin zu viel des Guten getan, daß bei den untersten Beamten bis herunter zu 10 Mk., bei den höchsten mehr wie 100 Mk. monatlicher Aufbesserung herauskam. Ja, bei den Ärmsten der Armen, bei den Schreibgehilfen, wurde die bescheidene Aufbesserung durch den Wegfall der sogenannten Stationszulagen nahezu völlig wieder aufgehoben. Außer den höchst nobel bedachten Ministern und Geheimräten wurde aber auch die „allerhöchste Stelle" nicht vergessen: die Zivilliste des Großherzogs, die bisher $1\frac{1}{4}$ Millionen Mark beträgt, sollte um 125 000 Mk. erhöht werden, die „man" zur besseren Besoldung von Hofmusikern, Hofbeamten 2c. nötig haben wollte.

Für die im ganzen etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark betragenden Mehrausgaben sollten zunächst einige neue Steuern Deckung schaffen. Statt an eine progressive Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer zu gehen, schlug die Regierung einige neue Stempelsteuern, Jagdpachtvertragsstempelgebühr und Versicherungsstempelgebühren vor. So sollten von Feuerversicherungspolicen und Mobiliarwerte von mehr wie 3000 Mk. 10 Pfg. pro 1000 Mk. der Versicherungssumme jährlich erhoben werden, ebenso bei Abschluß von Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen 50 Pfg. pro 1000 Mk. der Versicherungssumme. In den also erhofften etwa 200 000 Mk. sollten den Landgemeinden in Gestalt erhöhter Schulkassen 277 000 Mk. und den Städten 223 000 Mk. abgeknöpft werden. Akzeptabler war der Vorschlag, 170 000 Mk. aus einer Erhöhung der Zuschläge zu der Reichserbschaftssteuer zu erzielen. Den verbleibenden Rest wollte die Regierung aus „Ersparnissen in der Staatsverwaltung", aus den erhofften Überschüssen des Etatsjahres 1912 und aus verminderter Schuldentilgung decken.

Der Finanzausschuß beschloß zunächst, die Besoldungsverbesserung der Volksschullehrer von 11 auf 15 Prozent des jetzigen Gehalts zu erhöhen. Das machte eine Vermehrung der Ausgaben um 188 000 Mk. aus. Andererseits fand sich keine Mehrheit für die Mehrbelastung der Landgemeinden mit 277 000 Mk. Es mußte demnach für noch 465 000 Mk. mehr Deckung beschafft werden. Der Antrag des einzigen sozialdemokratischen Vertreters im Finanzausschuß, Genossen Karl Ulrich, die Erhöhung der Zivilliste abzulehnen und Gehaltsverbesserungen nur für Gehaltsstufen bis 5000 Mk. zu beschließen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Ulrichs, für die Deckung der Mehrausgaben in erster Reihe die größeren Einkommen und Vermögen mit progressiv stärker steigenden Steuern heranzuziehen.

Nach langen, besonders durch die gegenseitigen Eifersüchteleien der drei herrschenden Parteien, Nationalliberale, Zentrum und Bündler, verursachten Verhandlungen einigten sich diese Mehrheitsparteien mit der Regierung dahin, die Kosten der Besoldungsaufbesserung durch die vorgeschlagenen Stempelsteuern, wie durch die erhöhten Zuschläge zur Reichswertzuwachssteuer, im wesentlichen aber durch noch weitere Beanspruchung von Reserven und früheren Etatsüberschüssen und durch noch weiter verschlechterte Schuldentilgung aufzubringen. Die reine Bankerottwirtschaft! Dabei soll die rückwirkend vom 1. April 1912 aus eintretende Besoldungsreform nur provisorisch und zwar nur für ein Jahr gelten. Man wird also fortwursteln. — An der Zustimmung des Plenums ist kaum zu zweifeln. — Wenn aber, was ja durchaus nicht unmöglich ist, ein Wirtschaftsrückgang die Eisenbahnüberschüsse wieder vermindert, dann fällt das lächerliche Kartenhaus „hessische Besoldungsreform" im nächsten Jahre todsicher zusammen.

Die gefährdete nationalliberale Decke.

Die Nr. 2 der Altnationalliberalen Korrespondenz ist erschienen. Sie setzt die heftige Polemik gegen die Linksnationalliberalen, die in Nr. 1 begonnen wurde kräftig fort. Die Einzelheiten dieses Streites interessieren weniger. Hübsch aber ist folgendes Zitat aus der Magdeburger Zeitung, mit dem die Korrespondenz aufwartet. Es heißt darin:

> „Durch die altnationalliberale Gründung wird doch erst das Gleichgewicht der Kräfte hergestellt; zupfen die Jungliberalen an der gemeinsamen Decke, um sie nach links zu verschieben, so wollen die Altliberalen die Decke auf der andern Seite festhalten, so daß die Lage unverändert bleibt. Die Jungliberalen sind natürlich unzufrieden darüber, daß ihrer Agitation auf diese Weise ein Paroli geboten wird; die große nationalliberale Partei zieht aber aus diesem Spiel der Kräfte nur Gewinn."

Diese Auffassung entbehrt nicht der Originalität. Handelte es sich bei diesem Streit innerhalb der Partei um befruchtende, erklärende Diskussion über Grundsätze und Taktik, so würde die Behauptung stimmen. Da es sich aber lediglich um einen bloßen Kampf um die Macht innerhalb der Partei handelt, die Polemik auf dem denkbar niedrigsten Niveau der Klopffechterei geführt wird, so kann wahrlich nicht die Rede davon sein, daß „die große nationalliberale Partei aus diesem Spiel der Kräfte nur Gewinn ziehen konnte". Vielmehr besteht die Wahrscheinlichkeit, daß — um im Bilde der Magdeburgerin zu bleiben — die Decke bei diesem Spiel der Kräfte zerreißt.

Österreich-Ungarn.

Der Kampf gegen die Oppositionspresse in Ungarn. Aus Budapest wird uns gemeldet: Die Hetze der Behörden gegen unser Parteiblatt, die Nepszava, dauert an. Jetzt ist das Blatt nicht nur vom Verkauf auf den Bahnhöfen, sondern auf Verfügung der Stadtverwaltung auch vom Verkauf auf den Straßen und öffentlichen Plätzen ausgeschlossen worden. Unsere Genossen helfen sich, indem sie die Nepszava in allen zur Verfügung stehenden Verkaufsläden und privaten Bureaus zum Verkauf bringen. Die blindwütigen Maßnahmen der Behörden gegen das Budapester Parteiblatt sind ein Schlag ins Wasser; denn das Blatt wird jetzt mehr als bisher gekauft und gelesen.

Italien.

Die Italiener haben wieder einmal gesiegt. In der gestrigen Senatssitzung verlas Ministerpräsident Giolitti folgende Depesche des Generals Garoni: Heute vormittag um 8½ Uhr haben wir unsere erfolgreiche Fahne auf der Höhe von Sidi Said aufgepflanzt, das wir dem dort verschanzten, starken Gegner nach heftigem Kampf abgenommen haben. An dem Kampfe nahmen alle unter meinem Befehl stehenden Truppen teil. Die Einzelheiten werde ich noch telegraphieren.

Frankreich.

Der Getreidewucher. Mit 357 gegen 220 Stimmen wurde im Parlament die Besprechung einer Interpellation abgelehnt, die sich auf den Bäckerstreik, die teueren Preise und den Überfluß an Getreide bezog. Es wurde festgestellt, daß seit 10 Jahren nicht solche Mengen Getreide vorhanden waren wie gegenwärtig. Die Regierung will aber nichts tun, um die Preise herabzudrücken.

Portugal.

Eine „gemütliche" Parlamentssitzung. Als die Kammer gestern über den Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung von Antimilitarismus und Antipatriotismus beriet, ist es zwischen einzelnen Abgeordneten zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen und schließlich zu Faustkämpfen. Der Entwurf ist angenommen worden.

Belgien.

Soldat und Bürger. Der König der Belgier hat bei Gelegenheit einer Regimentsfeier eine Rede gehalten, in der er forderte, daß der Soldat keine andern Interessen als nur „die Aufgabe, für die seine Leiter die Verantwortung übernehmen" kennen dürfe. Der „Peuple" legt die Bedeutung dieser etwas dunkeln Worte dar. Er erzählt, daß nach dem schimpflichen, durch Betrug und Bestechung herbeigeführten Wahlergebnis des 2. Juni die Empörung, die sich aller ehrlichen Leute bemächtigt hatte, auch vor den Kasernen nicht halt machte. „Es ist kein Geheimnis, daß nach dem 2. Juni in allen Kasernen Unruhen ausgebrochen sind. Kein Regiment entging der Ansteckung der Entrüstung. In den meisten Zimmern sangen die empörten Soldaten die „Internationale" und „Nieder mit der Kutte!" In manchen Truppenkörpern kam es sogar zu Tätlichkeiten." Da man, um die Öffentlichkeit nicht aufmerksam zu machen, Bestrafungen unterließ, schwieg unsere Presse von den Vorfällen. Nun aber sucht man sich durch Bestrafung einiger Unteroffiziere, die nicht energisch genug aufgetreten sein sollen, schadlos zu halten. Unser Parteiblatt warnt den König. Es sei ein Irrtum, zu denken, daß der Soldat nicht auch Bürger sei. Die Proletarier in Uniform seien die Brüder der kämpfenden Proletarier. „Möge der König uns glauben: Außer den Gendarmen gibt es in Belgien kein Prätorianerheer mehr."

England.

Die Bekämpfung der Schlafkrankheit. Bei Besprechung des Kolonialetats im Unterhause gab der Kolonialminister Harcourt einen erschöpfenden Überblick über das Gedeihen und die Entwickelung der gesamten Kolonien und Protektorate, wobei er den wachsenden Wohlstand fast aller Kolonien betonte. Des längeren besprach der Minister die Bahnbauten und die Behandlung der tropischen Krankheiten, besonders der Schlafkrankheit. Er erklärte seine Bereitwilligkeit zur Ergreifung jeder Maßregel, diese Krankheit zu bekämpfen, jedoch sei seine gegenwärtige Ansicht die, daß die Bebauung des Bodens das beste Hilfsmittel sei.

Amerika.

Im demokratischen Nationalkonvent sollte gestern die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten erfolgen. Trotz zweimaliger Abstimmung blieb dieselbe unentschieden, da kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erhalten hat. Die beiden Hauptrivalen Black und Wilson erhielten 441 und 324 Stimmen im ersten und 446 resp. 339 Stimmen im zweiten Wahlgang. Außerdem wurden für 4 weitere Kandidaten 141, 111, 31 und 14 Stimmen abgegeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 29. Juni.

Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Montag, dem 1. Juli seine Jahres-Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Auf der Tagesordnung steht außer den Abrechnungen, Jahresberichten und Wahlen ein Vortrag des Genossen Dr. Schlomer über die Wohnungsfrage unter besonderer Berücksichtigung der lübschen Verhältnisse. Im „Verschiedenen" sollen eventuell Maßnahmen beschlossen werden gegen solche Mitglieder der Partei, die dem Nürnberger Beschluß betreffend die Abführung eines Maitagesverdienstes nicht entsprochen haben. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das vollzählige Erscheinen der Mitglieder notwendig. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am Sonnabend, dem 29. Juni, Montag, dem 1. Juli, und Dienstag, dem 2. Juli, abends von 8 bis 9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Hyänen des Schlachtfeldes. Wer kennt nicht aus den Schilderungen der Schlachten-Geschichtsschreiber diese Teufel in Menschengestalt, die den in seinen Schmerzen hilflos am Boden des Schlachtfeldes verblutenden Soldaten zur Nachtzeit überfallen, berauben und noch ärger verstümmeln, als die Kriegsfurie selbst. Bestien sind's in Menschengestalt. Wenn sie den Feldwachen in die Hände fallen, dann bekommen sie ohne Gnade den Strick um den Hals. Und das ist gut so. Es gibt aber auch andere Hyänen, die mitten im Frieden Raubzüge tun und hilflose Unglückliche ausplündern. Denen ist leider nicht so bequem beizukommen, sie gehen nicht nur meistens straflos aus, sondern gar viele Leute vermögen bei ihnen nicht den Wolf im Schafspelz zu erkennen und helfen ihnen oft noch bei ihrem schändlichen Tun. In der März-Nummer hat „Neuland" den Trunksuchtsmittelschwindel einer Frau Anderson, Hilsburne, Neuyork, gebührend gekennzeichnet. So manches deutsche Blatt, das in naiver Unkenntnis bis dahin die Schwindelanzeige dieser modernen Hyäne gebracht hat, hat sich inzwischen daraufhin eines Besseren besonnen und sein Blatt der Schwindlerin verschlossen. Noch aber treibt u. a. ein gleicher Schwindel in der deutschen Presse sein Unwesen.

Edward J. Woods Ltd. 10, Norfolk Street 161 A., London W. C., verkündet in gleichfalls mit einem Portrait „gezierten" spaltenlangen Anzeigen, daß er ein Mittel oder ein Buch über ein Mittel gegen Trunksucht an alle Mütter, Frauen und Schwestern von Trinkern versende, das „wundervolle Rettung" bringe. Natürlich kostet auch dieses „Mittel" Geld.

Unsere Erkundigungen über diesen Schwindler haben folgendes ergeben:

Die angesehene und vielgelesene Londoner Wochenschrift „Truth" (Die Wahrheit) veröffentlicht in ihrer Rubrik „Warnungsliste" unter den Nummern 168, 179 und 119 folgende trockenen Feststellungen:

„168 (Vol. 68, Vol. 69, p. 1478; p. 645); Scott, Willing, ein Amerikaner, dessen wirklicher Name Stirner ist. Er wurde vor einigen Jahren durch ein Riesenschwindelunternehmen, genannt „Symond's London Stores", bekannt, nach dessen Zusammenbruch er nach Berlin ging. Dort machte er als Professor Dona Reklame für eine Asthmakur, als Professor Pollok für eine Gichtkur, als Horatio Carter für eine Kur gegen Schwäche — das Mittel hieß „Amvita" — und betrieb noch eine Reihe anderer „Spezialitäten". In Berlin wegen Betrugs endlich festgenommen, entfloh er dann und ließ eine Bürgschaft von 5000 Pfund (100 000 Mark!) im Stich. Seine zuletzt bekannt gewordene Adresse war 1269 Broadway Neuyork, von wo aus er ein neues Haarwuchsmittel unter dem Namen Koskott vertrieb.

119 (Vol. 66, pp. 447, 645) Constant, G. C. Dr. med., 534 6te Avenue, Neuyork — ein amerikanischer Quacksalber für Taube und Ohrenleidende. Er erwarb eine Liste von tauben Leuten in allen Weltgegenden, sandte ihnen Zirkulare zu, in denen er versprach, sie für 20 Mark zu heilen. Seine Londoner Adresse ist identisch mit der von Edward J. Woods.

179 (Vol. 69, pp. 134, 645) Woods Edward J., Norfolk Street, London W. C., bekennt sich als früheren Sklaven des Alkohols, der ein Heilmittel gegen Trunksucht entdeckt hat. Woods steht in engster Beziehung zu Scott

alias Skirner und seine Neuyorker Adresse ist identisch mit der von G. C. Countant. Er ist einer jener gefährlichen Quacksalber, die auf die Not solcher Leute spekulieren, die auf ihre Reklamen hereinfallen."

Diesen Feststellungen des Londoner Blattes fügen wir nichts hinzu. Wir rufen auch nicht nach dem Staatsanwalt. Wir rufen aber das Ehr- und Anstandsgefühl der gesamten deutschen Presse an. Es wäre ja beschämend, wenn auch nur ein einziges anständiges Preßorgan sich noch fürder dazu hergeben könnte, mit solchem Gesindel gemeinsame Sache zu machen. Raus mit all den in- und ausländischen Geheimmittel-, Geheimbücher- und Rezeptschwindlern aus dem deutschen Blätterwalde. Solche Anzeigenhonorare stinken, und es klebt Blut und Tränen an solchem Geld. — Soweit der Artikel des „Neuland", der uns von der hiesigen Trinkerfürsorgeanstalt zugeht und dem wir durchaus zustimmen. In dem Begleitschreiben werden wir ersucht, unser Blatt ein für allemal derartigen Anzeigen zu verschließen. Dazu wollen wir bemerken, daß eine solche Mahnung an uns völlig überflüssig war, denn die sozialdemokratische Presse lehnt derartige Inserate nicht nur grundsätzlich ab, sondern bekämpft den Heilmittelschwindel mit allem Nachdruck. Das wurde namentlich auch von Ärzten wiederholt betont. Die Blätter, welche mit den Hyänen des Schlachtfeldes gemeinsame Sache machen, die das stinkende Anzeigenhonorar, an dem Blut und Tränen kleben, schmunzelnd einstreichen, gehören ausschließlich dem bürgerlichen Blätterwalde an, der neben dem Heilmittelschwindel noch Thron und Altar unterstützen hilft. Auch in Lübecks Ordnungsblättern fanden sich nicht selten Heilmittelschwindelinserate, welche nicht geeignet sind, das Ansehen dieser Presse zu heben, die aber Geld in den Kasten bringen, und darauf kommt es gewissen Leuten doch nur an.

Schlechte Geschäfte hat auch im verflossenen Geschäftsjahr die Lübecker Ölmühle, Aktiengesellschaft, vormals C. E. A. Asmus, gemacht, die gestern ihre Generalversammlung abhielt, in der 1026 Stimmen vertreten waren. Der Verlauf der Versammlung war stellenweise ein recht stürmischer. Wo die Krippen leer sind, streiten sich bekanntlich die Pferde. Eine Dividende kann nicht verteilt werden, weil die Gesellschaft infolge von Konkursen Verluste erlitten hat und weil ferner auch verschiedene Ansprüche gegen die Gesellschaft geltend gemacht worden sind, die die Bildung eines Delkredero-Kontos in Höhe von 150 000 Mk. notwendig machen. Es wurde schließlich die Vertagung der Genehmigung der Bilanz beantragt. Obgleich hierfür nur eine Minderheit zu stimmen braucht, die ein Zehntel des Aktienkapitals ausmacht, so wurde der Antrag doch abgelehnt, und zwar mit 128 gegen 834 Stimmen. Abgelehnt wurde ferner auch ein Antrag auf Revision der Bilanz, diesmal mit 905 gegen 128 Stimmen. Die Tagesordnung wurde hierauf unverändert angenommen.

R. **Strafkammer.** Sitzung am 28. Juni. Vor einiger Zeit teilten wir über eine Gerichtsverhandlung mit, die vor dem Schöffengericht stattfand und mit der Verurteilung des Kaufmannes Alexis Weichert aus Hamburg (früher in Lübeck wohnhaft) wegen Erregens eines öffentlichen Ärgernisses endete. Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein wird, handelt es sich um die beiden auffällig kleinen Brüder Weichert, die einander ähnlich sehen und daher das Gericht zu täuschen suchten. Es war aber durch Messung festgestellt worden, daß nur Alexis W., der ähnlicher Delikte wegen schon verschiedene Male vorbestraft ist, als Täter in Frage kommen konnte. Er wurde deshalb zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten der Angeklagte und der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Beide Berufungen wurden verworfen. — Wegen Diebstahls hatte sich der nicht weniger als vierzehnmal vorbestrafte Arbeiter Meyer aus Harburg zu verantworten. Im Mai d. J. kehrte nämlich der Arbeiter E. aus Flensburg in einem Gasthause in Eutin ein. Er ließ mit der Erlaubnis des Wirtes seinen Rucksack, der seine Habseligkeiten barg, unter einer Bank liegen und entfernte sich. Bald darauf kam der Angeklagte in das Lokal, eignete sich den Rucksack an und brachte ihn beiseite. Als er dann wieder in dem Gasthause erschien, wurde er von dem Bestohlenen zur Rede gestellt. Dabei fielen ein Spiegel und eine Bürste aus der Tasche; beide Gegenstände stammten aus dem gestohlenen Rucksack. Infolgedessen erhielt der Spitzbube eine Tracht Prügel und wurde der Polizei übergeben. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Arbeiterrisiko. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern auf dem finnischen Dampfer „Aegier". Dort fiel dem im Raum tätigen Vormann Springer eine Partie Holz auf den Körper, wodurch ihm eine Hüfte gequetscht und das Gesicht verletzt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes durch Dr. Schlomer wurde der Verunglückte nach seiner Wohnung gebracht.

Ein Schadenfeuer zerstörte gestern nachmittag ein Arbeiterwohnhaus im benachbarten Vorwerk. Ein Teil des Hausinventars konnte gerettet werden, während an eine Rettung des Gebäudes trotz Hilfeleistung der Lübecker Feuerwehr nicht zu denken war. Leider ereignete sich bei den Löscharbeiten ein schwerer Unfall. Der Schuhmacher Bahr hielt die Pferde einer Spritze; diese setzten sich plötzlich in Bewegung, Bahr kam zu Fall und das Gespann ging über ihn hinweg. Der Unglückliche erlitt eine Aussetzung des Schultergelenks, eine klaffende Wunde am Kopf und einen Schlüsselbeinbruch. Nachdem ihm durch Dr. Schlomer die erste ärztliche Hilfeleistung zuteil geworden war, mußte der Verletzte nach dem Lübecker Krankenhaus gebracht werden.

Die Fahrten des Luftschiffes „Viktoria Luise". Der Vorstand des Lübecker Vereins für Luftfahrt bittes uns ferner besonders zum Ausdruck zu bringen, daß das Eintrittsgeld, im Gegensatz zu den an allen anderen Orten bei den gleichen Gelegenheiten erhobenen verhältnismäßig hohen Sätzen, für Sonntag so niedrig bemessen ist, daß auch den Minderbemittelten der Besuch der in Lübeck noch nicht gebotenen großzügigen Veranstaltung ermöglicht wird. Der Vorstand sieht sich zu der bündigen Erklärung veranlaßt, daß er in diesem Jahre keine weiteren großsportlichen Veranstaltungen bieten wird, wenn das Lübecker Publikum nicht zu seinem Teile durch regen Besuch der Darbietungen, welche nur erstklassig sein werden, den Verein unterstützt.

Benachrichtigung des Publikums von der Abfahrt des Zeppelin-Luftschiffes „Viktoria Luise" nach Lübeck. Wie bei ähnlichen früheren Gelegenheiten wird auch diesesmal Meister Ruperti die erfolgte Abfahrt des Schiffes durch Hissen einer Flagge auf der Spitze des St.-Petri-Kirchturms anzeigen. Die Flagge bleibt wehen, bis das Luftschiff Lübeck wieder verlassen hat. Nach Abgabe der beiden Böllerschüsse aus den Hochwasserkanonen wird mindestens noch eine Stunde bis zur Ankunft des Luftschiffes vergehen, sodaß dem Lübecker Publikum noch hinreichend Zeit bleibt, sich nach dem Landungsplatz an der Israelsdorfer Allee zu begeben, um der hochinteressanten Landung und dem Wechsel der Passagiere beizuwohnen. Aber auch in den folgenden Stunden bis gegen 11 Uhr werden Späterkommende noch immer auf ihre Rechnung kommen, da das Luftschiff bekanntlich zwei Landungen vollführt. Um den Fernsprechanschluß des Herrn Möller und des Lübecker Vereins für Luftfahrt möglichst für andere Zwecke reserviert zu halten, ist mit der Leitung des Fernsprechamts vereinbart, daß auf Anfrage über Ankunft oder jeweiligen Aufenthaltsort des Luftschiffes direkte Auskunft erteilt wird. Die Anfragen sind wie folgt zu stellen: „Bitte Auskunft Zeppelin", worauf eine kurze entsprechende Antwort erteilt wird. Weitergehende Anfragen können aus dienstlichen Gründen nicht berücksichtigt werden.

Handelsregister. Am 28. Juni ist eingetragen die Firma: Chemisch-technische Fabrik Hela Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Charlottenburg mit Zweigniederlassung in Lübeck unter gleicher Firma. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Handels- und Fabrikationsgeschäften aller Art der chemisch-technischen Industrie. Die Gesellschaft kann sich an anderen gewerblichen, industriellen und sonstigen Unternehmungen in jeder zulässigen Form beteiligen, diese erwerben und zum Zwecke des Betriebes ihrer sowie anderer Erzeugnisse offene Ladengeschäfte, Verkaufskontore usw. jederzeit und an jedem ihr geeignet erscheinenden Ort errichten und hierfür erforderlich erscheinenden Grundbesitz erwerben. Stammkapital 20 000 Mk. Geschäftsführer: F. Priem, Apotheker, Lübeck. E. Schlei-Asmus, Kaufmann, Charlottenburg. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. April, 10. Juni 1912 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung durch jeden Geschäftsführer. Die Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma: Aug. Luckmann u. Co. in Lübeck: Die Liquidation ist beendigt. Die Firma ist erloschen; 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Frick u. Meyer, Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck; Die Zweigniederlassung ist aufgehoben. Unter der Firma Frick u. Meyer in Lübeck wird das Geschäft selbständig weitergeführt von dem Kindergarderobenhändler O. H. K. Winkelmann in Lübeck; 4. die Firma Meislahn und Meyer, Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind: 1. Matthäus J. F. Meislahn, 2. M. H. Meyer, beide Kaufmann in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 27. Juni 1912 begonnen.

Wegen Sittenverbrechens an Kindern wurde der Kaufmann D., wohnhaft Steinrader Weg, in Haft genommen.

pb. **Vermißt.** Seit dem 26. d. Mts., mittags, ist der Kaufmannslehrling Ludwig Heinrich Friedrich Gebien, Fackenburger Allee Nr. 17 wohnhaft, verschwunden. Es wird vermutet, daß dem Gebien ein Unglück zugestoßen ist, da ein anderer Grund für das Verschwinden desselben nicht vorliegt. Gebien ist von ziemlich großer schmächtiger Statur, hat volles blasses Gesicht und blondes Haar. Bekleidet ist er mit blauem Jackett und Hose, graukarierter Weste, schwarzem steifen Filzhut und Schnürstiefeln. Personen, die über den Verbleib des Gebien Angaben machen können, werden ersucht, diese im Bureau der Kriminalpolizei zur Kenntnis zu bringen.

W. **Mölln.** Bös in die Haare geraten sind sich die hiesigen Drogisten mit dem neuen Besitzer der Einhornapotheke Dr. Möller. Letzterer erließ in der „Möllner Zeitung" ein Inserat, nach welchem die freigegebenen Arzneimittel bei ihm ebenso billig, dafür aber nicht in Drogistenqualität zu haben seien. Wir wollen uns in diesen Streit nicht einmischen, unsern Lesern aber mitteilen, daß die Apothekenbesitzer der Ortskrankenkasse die Mitteilung machten, daß sie statt der bisher bewilligten 15 Proz. Rabatt nur noch 10 Proz. geben werden, weil die Einkaufspreise gestiegen seien. Ob hiermit auch der exorbitant hohe Einkaufspreis der Einhornapotheke von 180 000 Mk. gemeint sein soll, entzieht sich unserer Kenntnis, doch eröffnet dies Abwälzen auf die hohen Einkaufspreise ja ganz nette Aussichten für die Zukunft. Die Ortskrankenkasse will, wie verlautet, sich den Anordnungen der Apotheker nicht fügen.

Hamburg. Vom Hamburger Hafen. Auch die Lohnbewegung der Seeleute ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Die aufgestellten Forderungen waren, da infolge „freiwilliger" Heuererhöhung durch die Reedereien eine darauf bezügliche Forderung nicht erhoben war, recht bescheidene. In einem wichtigen Punkte — bessere Bezahlung der Überstunden — ist man nun den Wünschen der Arbeiter erheblich entgegengekommen. Die Erhöhung, die für die transatlantische Fahrt eintritt und hoffentlich auch auf Nordsee-, Ostsee- und Mittelmeerfahrt ausgedehnt wird, bedeutet eine monatliche Heuerverbesserung bis zu 10 Mark. Weniger weit ist man hinsichtlich des Beköstigungswesens und der Beschwerdekommission über das Heuerwesen entgegengekommen, doch hat man auch hier Konzessionen gemacht. So wird voraussichtlich den Organisationsvertretern die Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder vor der genannten Kommission freigestellt werden. Auch hinsichtlich der Kost sind Verbesserungen in Aussicht gestellt worden, die unter Umständen vorteilhaft wirken können. Das größte Gewicht legen die Seeleute, die den Abmachungen bereits zugestimmt haben, aber auf den in der Anerkennung der Organisation, die bisher hartnäckig verweigert wurde, liegenden moralischen Erfolg. — Nachdem nunmehr im allgemeinen die große Bewegung in allen Teilen zum guten Ende gebracht ist, werden wir demnächst das Ergebnis und die Bedeutung des Abkommens einer Besprechung unterziehen.

Hamburg. Die Bürgerschaft nahm in ihrer Sitzung am Mittwoch zunächst das Immobilienabgabengesetz an; auch die sozialdemokratische Fraktion stimmte dafür. Beim Antrag auf Bewilligung von 3000 Mark als Beihilfe zu den Schießübungen der Schützengesellschaft kritisierte Genosse Bérard scharf den Unsinn dieser Verpulverung öffentlicher Mittel. Es half aber nichts, der Antrag wurde angenommen. Dann genehmigte die Bürgerschaft die vom Senat beantragte Einordnung von Beamtenstellen in die Gehaltsordnung und gab dem Schmerzensschrei der Beamten nach baldiger Auszahlung der Gehaltserhöhungen noch einmal in einigen Reden Nachdruck. Neben einigen weniger bedeutenden Sachen wurde auch das Etagenhaus-Gesetz erledigt, für das man trotz eifrigen Bemühens keinen besseren Namen gefunden hat. Namens unserer Fraktion erklärte sich Genosse Paeplow mit den Bestimmungen des Gesetzes einverstanden, das gegen die Stimmen der Grundeigentümerpartei angenommen wurde. — Ein Soldatenschinder stand in der Person des Unteroffiziers Petersen von der 1. Schwadron des Husaren-Regiments Nr. 16 in Schleswig vor dem Kriegsgericht der 18. Division. Obgleich es sich um gewöhnliche Soldatenmißhandlungen handelte, die P. zur Last gelegt wurde, stellte der Vertreter der Anklage, entgegen der sonstigen Gepflogenheit in den Kriegsgerichten, gleich nach der Verlesung der Anklageverfügung den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der militärischen Disziplin, und das Gericht beschloß demgemäß. Als das Urteil verkündet werden sollte und die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, wiederholte der Vertreter der Anklage den Antrag, doch wurde er diesmal vom Gerichte abgelehnt. Das Urteil lautete auf 2 Monate 15 Tage Gefängnis. Aus der Urteilsbegründung ging hervor, daß P. die Husaren hat Kniebeuge mit Putzkästen oder Wassereimern in den Händen machen lassen, daß er mit Füßen nach ihnen getreten, sie geohrfeigt und mit Bügelriemen geschlagen hat. Auch hat er es geschehen lassen, daß alte Mannschaften in seiner Gegenwart jüngeren Kameraden die bekannte Erziehungsmethode haben angedeihen lassen. Strafmildernd hatte das Kriegsgericht in Betracht gezogen, daß P. im übrigen ein guter Soldat ist, wie auch, daß in seiner Schwadron die erwähnten Ausschreitungen an der Tagesordnung gewesen sind. (!) — Ein Fischerfahrzeug übergerannt, ein Fischer ertrunken. Der Wurfnetzfischer Karl Geerz und sein Kollege Otto Gröning, die am Donnerstag abend in der Nähe der Werft von H. C. Stülcken Sohn in ihrem Boot auf Fischfang waren, sind von dem Schleppdampfer „Olga" angerannt. Die beiden Fischer stürzten ins Wasser und das Fischerboot sank in die Tiefe. Der Besatzung des Dampfers gelang es, den Fischer Geertz zu retten, während Gröning nicht wieder an die Oberfläche gekommen ist und wohl seinen Tod durch Ertrinken gefunden hat.

Kiel. Nette Stellvertreter Gottes. Im Reichstage wurden die Unteroffiziere einmal als Stellvertreter Gottes auf Erden bezeichnet. Nachfolgende Gerichtsverhandlungen, die alle an einem Tage stattfanden, werfen aber ein seltsames Licht auf diese Stellvertreter Gottes. Der Unteroffizier Hengevoß von der neunten Kompagnie des 85. Regiments hatte einen polnischen Soldaten mit der Hose über den Kopf geschlagen, daß ihm die Mütze vom Kopfe flog, dann gab er ihm einen kräftigen Faustschlag ins Genick und Fußtritte in die Kniekehle, daß er gegen ein Treppengeländer flog und sich an der Hand verletzte. Das Urteil für die Mißhandlung — zehn Tage Mittelarrest. — Der Oberstückmeistersmaat Hansen von der ersten Matrosendivision und der Bootsmannsmaat Möller vom großen Kreuzer „Blücher" wurden wegen vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener zu je zwei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Sie hatten beim Baden mit den Mannschaften sittlich nicht einwandfreie Sachen vorgehabt. — Der Bootsmannsmaat Freitag vom kleinen Kreuzer „Cöln" hatte in vier Fällen Geldbeträge von 10 bis 15 Mk., die er von Kameraden zur Aufbewahrung erhalten hatte unterschlagen. Ferner soll er zweimal einem Fähnrich gegenüber Gehorsamsverweigerung begangen haben, indem er beim Ankommen des Fähnrichs die angetretenen Mannschaften nicht „Augen rechts" nehmen ließ. Er erhielt sechs Monate Gefängnis und Degradation.

Grevesmühlen. Die Stichwahl im ersten mecklenburgischen Wahlkreise hat gestern mit der Wahl Sivkovichs und so mit einer verdienten Niederlage des konservativen Renommierhandwerkers Pauli geendet. Es erhielten Sivkovich (F. V.) 9119 Stimmen und Pauli (konservativ) 6573 Stimmen. Dreißig Orte stehen noch aus, doch ist Sivkovichs Wahl gesichert. Bei der Hauptwahl am 20. Juni erhielten Sivkovich 7034, Pauli 6794 und Kober (Soz.) 4291 Stimmen. Demnach haben zahlreiche sozialdemokratische Wähler sich der Stimme enthalten.

Hörnum (Sylt). Ein Fischkutter verbrannt. Am Donnerstag nachmittag 3 Uhr geriet an der Küste von Hörnum der Motorfischkutter „Störtebecker" in Brand und wurde total zerstört. Personen sind nicht verletzt worden. Das Wrack wurde an Strand gesetzt. Durch den Funkenflug sind auch 150 Meter Dünenpflanzung in Brand gesetzt und vernichtet.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch über die Deckung der Kosten wegen Ausbaues der Kanalisation und Neuregelung der Abwässerleitung verhandelt. Einschließlich der 7½ Millionen Mark betragenden Kanalschuld sind 20 Millionen Mark aufzubringen. Nachdem zwei Kommissionen sich mit der Vorlage beschäftigt und die Bürgerschaft am 15. Mai eingehend darüber debattiert hatte, kam die Sache jetzt zum Abschluß. Genosse Behle, der der Kommission angehörte, trat für die Vorlage ein, da durch die Verbesserungen den kleineren Hausbesitzern 250 000 Mk. erlassen worden seien. Auf Antrag unserer Genossen wurden auch die Beiträge der Mieter gestaffelt: bei einem Mietzins bis zu 200 Mk. pro Hundert 60 Pg., 200—300 Mk. 80 Pfg. pro Hundert usw. bis von mehr als 500 Mk. 2 Mk. pro Hundert.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 29. Juni.

1. Qualität	122—124 Mk.
2. „	112—116 „
Ferner	
Amerikanische und fremde, verzollt	— „
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	115—116 „
do. II. do.	113—114 „
Finländische Meiereibutter	— „
Finnländische Bauernbutter	— „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 28. Juni.

Auftrieb 2648 Schweine. Markt sehr flott geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 71,— (—,— bis 57,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 70,— bis 71,— (56,— bis 57,— Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 72,00 bis 73,— (56,00 bis 57,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 71,— bis 72,— (55,00 bis 56,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 65,— bis 70,— (49,50 bis 53,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 65,— bis 66,00 (52,00 bis 53,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 60,00 bis 64,00 (47,00 bis 50,—) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Neu eingeführt:

Das beste, billigste und größte Landbrot

(garantiert)

der Raisdorfer Brotfabrik. — 5% Rabatt in Marken.

Alleiniger Vertreter:

M. Mayer, vorm. Fr. Pahl, Beckergrube 24.

Niederlagen überall gesucht; sehr günstige Bedingungen. (1555

Von Kosmos

ist das 6. Heft erschienen

und können die Bezieher dasselbe in Empfang nehmen.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Konzerthaus „Flora“.

1610) Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr. Gustav Wirthel.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.
102)

Badelügge

Ausflüglern, Touristen

usw. halte meine Lokalitäten bestens empfohlen.

Spezialität:
Dickmilch, Erdbeeren m. Milch

1588) H. Voss.

Gesangverein „Eintracht“.

Achtung Sänger!

Morgen Sonntag, vormittags 9½ Uhr, am Bahnhof erscheinen.

1599) Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schmiede Lübeck.

Einladung zum

Sommer-Vergnügen

verbunden mit
Konzert und Ball,
Preisschießen für Herren-, Damen- und Kinder-Vergnügen
am Sonntag, dem 7. Juli 1912
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

1573) Das Komitee.

NB. Das Preisschießen findet statt von 11—1 Uhr und von 4—7 Uhr.

Arbeiter-Radfahr.-Verein Schönböcken u. Umgegend.

Einladung zum

6. Stiftungs-Fest

am Sonntag, dem 30. Juni
im Lokale „Steinrader Baum“.
Anfang der Korsofahrt 4 Uhr.
NB. Alle umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.

1577) Der Vorstand.

Wakenitz-Belleoue

Heute Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

1611) H. Fürböter.

Hansa-Halle

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

1612 J. Rieck.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
103) H. Pagel.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag: (100) **Tanzkränzchen.**

Neu-Lauerhof.

110) Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Einsegel

95) Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

F. L. Paetaus Gesellschaftshaus.

Fackenburger Markt (1579)

am Montag, dem 1. Juli 1912:

Große Tanzmusik.

Adlershorst. (101)

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zum roten Löwen

Heute, Sonntag, den 30. Juni:

Großes Vogelschießen

m. nachf. Tanzkränzchen.

Anf. des Schießens nachm. 4 Uhr.
Hierzu ladet freundl. ein

1574) W. Mihr.

Montag, den 1. Juli:

Fackenburger Markt.

Tanz-Musik.

1558) H. Dose.

Weisser Engel

Ratzeburger Allee 29.
Endstation Bahnlinie 4.
1594) Jeden Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

Kaffeehaus Moisling.

Sonntag: (1595

Freies Tanzkränzchen.

Friedr.-Franz-Halle

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.
1589) Gebrüder Krankenhagen.

Teile hierdurch dem geehrten Publikum von Lübeck mit, daß ich das

Restaurant, Untertrave 39

käuflich erworben habe, und mit dem heutigen Tage eröffne. Durch Führen tadelloser Getränke, sowie Speisen bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

1550) **Carl Ebert.**

Sozialdemokratischer Verein.

Ordentliche

General-Versammlung

am Montag, d. 1. Juli, abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal und Jahresrechnung.
2. Jahresberichte.
3. Wahlen nach §§ 7 und 8 des Statuts.
4. Wahl der Boten.
5. Vortrag des Genossen Dr. Schlomer: Die Wohnungsfrage.
6. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

1614) Der Vorstand.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Einladung zum

Stiftungsfest mit Ball

Preisschießen und Kinderbescherung

am Sonntag, dem 30. Juni 1912,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Preisschießen von 11—1 Uhr und von 5—8 Uhr abends.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfg., einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

1362 Das Komitee.

Moisling.

Sozialdemokratischer Verein.

Einladung zum diesjähr. Sommerfest

verbunden mit Kindervergnügen

am Sonntag, 7. Juli, im Lokale der Ww. Schreibers Kaffeehaus.

Präzise 3 Uhr: Antreten zum Festmarsch durch den Ort.
Eintrittspreis im Vorverkauf 60 Pfg., an der Kasse 80 Pfg.

NB. Es werden die Genossen und die Genossinnen ersucht, sich recht zahlreich an dem Festmarsch zu beteiligen, desgleichen werden die Kinder freundlichst gebeten sich reichlich mit Grün und Blumen zu schmücken.

1618) Der Vergnügungsausschuß.

Sonderfahrten zur Segelregatta nach Travemünde

am Sonntag, dem 30. Juni, per Salondampfer „St. Lorenz“.

Ab Lübeck Drehbrücke, morgens 8 Uhr, ab Travemünde 10 Uhr,
ab Lübeck Hüxterdamm, Nachmittags 1½ Uhr, ab Travemünde 7¼ Uhr.

Nachmittags ab Travemünde Fahrten in See.

Fahrpreise: Lübeck-Travemünde 50 Pfg. a Person, bei gleichzeitiger Lösung einer Rückfahrkarte diese 30 Pfg.

Seetour a Person 50 Pfg. Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Telephon 187. 1568 Untertrave 59.

Regelmäßige Dampferverbindung Travemünde-Grömitz-Kellenhusen-Dahme

(485) per Salondampfer „Hollmann“

— täglich 11 Uhr vormittags ab Travemünde. —

Die Fahrten mit Dampfer „Hollmann“ am Montag, dem 1. Juli, fallen aus.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. (1594) Gustav Gipp.

Freiwillige Feuerwehr Wesloe.

Einladung zum

Sommerfest

verb. mit Preisschießen, Konzert u.

BALL

am Sonntag, 30. Juni
im Lokale Arnimsruh in Wesloe.

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

1361) Das Komitee.

Deutscher

Buchbinder-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

Sommerfest

am Sonntag, 30. Juni
im Lokale Wakenitz-Belleoue, Dorotheenstraße.

Nachmittags 4 Uhr: Künstlerkonzert und Kinderbelustigungen.
Abends 8 Uhr: BALL.
Eintritt zum Konzert a Pers. 20 Pf.
Eintritt zum Ball 50 Pf. (1386

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:

99) **Ballmusik.**

Konzerthaus

Zauberflöte.

Heute und morgen:
Abschieds-Konzerte der Ungarischen Damen-Kapelle **Gora**
6 Damen, 1 Herr. (1556

Montag, den 1. Juli:
Antritts-Konzert des erstklassigen Österreich. Damenorchesters
Rigoletto 6 Damen 2 Herren

Eintritt frei!!!
Ludwig Kock.

Kalnbergs

Variété und Kabarett.

Sonntag letzter Tag dieser Künstler-Serie.

Zum Schluß:

Soubretten-Wettstreit und Preisverteilung.

Beg. 8 Uhr. (1608) Entr. 40 Pfg.

Ab Montag:

Gastspiel des Original Budapester Ensemble „Favorit“

Lachen ohne Ende!

Hamburger Hof

Schwartau.

Empfehle meine renovierten Lokalitäten bestens.

Sonnabend und Sonntag:

Gr. Musik-Unterhaltung.

1554) A. Lau.

Hansa-Theater.

Gastspiel
Hamburger Intimes Theater.

Sonntag, den 30. Juni:

Abschiedsabend und letzte Volksvorstellung

Alle Plätze 30 u. 50 Pf.
Loge u. Fauteuil 1 Mk. (1606

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 150. Sonnabend, den 29. Juni 1912. 19. Jahrg.

Bombensicher.

Das Wachstum der Sozialdemokratie ist für die Bourgeoisie zu einem der ernstesten Probleme geworden. Es hilft nicht, daß sie sich über die Tatsache dieses Wachstums hinwegtäuscht. Die Zahlen reden eine zu deutliche Sprache. So macht das rheinische Zentrumsblatt, die „Kölnische Volksztg." folgende Ausführungen: Jeder, der die Entwicklung der Sozialdemokratie genauer verfolgt, muß sich die ernste Frage vorlegen: Wie lange noch wird es dauern, bis die Sozialdemokratie das erste halbe Hundert bombensicherer Wahlkreise aufweisen kann? Diese Frage ist um so berechtigter, als bei der letzten Reichstagswahl sich die Zahl der Wahlkreise, in denen die bei der Hauptwahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen über 50 Proz. der Wahlberechtigten ausmachten, gegen 1907 um das Doppelte vermehrt hat. Zum erstenmal gab es solche Wahlkreise im Jahre 1890, nämlich vier. Bei der folgenden Wahl, im Jahre 1893, ging diese Zahl auf zwei zurück und nahm auch 1898 nicht zu. Ein starkes Anwachsen brachte die Wahl von 1903, und zwar von zwei auf zehn Wahlkreise. 1907 waren es elf, während die Zahl bei der letzten Wahl auf 22 stieg. Von diesen 22 hat in 10 Wahlkreisen zum erstenmal das sozialdemokratische Stimmenkontingent 50 Proz. der Wahlberechtigten überschritten. Wir führen die 22 Wahlkreise mit dem Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen an, sowie das Jahr, wann die 50 Proz. zum erstenmal erreicht wurden. (Hierbei ist zu bemerken, daß in einigen Wahlkreisen das sozialdemokratische Stimmenkontingent vorübergehend wieder unter 50 Proz. zurückging):

Berlin IV	66,9	1903	Mittweida	53,7	1912
Berlin VI	64,8	1907	Chemnitz	53,2	1890
Niederbarnim	60,7	1907	Zwickau	53,1	1903
Hamburg II	60,7	1890	Wanzleben	52,7	1912
Hamburg I	57,8	1903	Nürnberg	52,4	1912
Leipzig-Land	56,8	1890	Berlin V	51,7	1912
Glauchau	55,5	1890	Reuß ä. L.	51,0	1912
Stollberg	54,7	1903	Altona	50,8	1892
Berlin III	54,6	1912	Braunschweig I	50,5	1912
Dresden-Land	54,0	1903	Magdeburg	50,3	1912
Sachsen-Meiningen	53,8	1912	Hamburg III	50,2	1918

Wie ersichtlich, liegen nicht weniger als acht dieser Wahlkreise im Königreich Sachsen, dagegen nur einer in Süddeutschland, nämlich Nürnberg. Leipzig-Land ist der einzige Wahlkreis, der seit 1890 beständig ein sozialdemokratisches Stimmenkontingent von über 50 Proz. der Wahlberechtigten aufweist. In nicht weniger als 27 weiteren Wahlkreisen bewegt sich die Stimmenzahl der Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagshauptwahl zwischen 45—50 Proz. der Wahlberechtigten. Geht die Entwicklung der Sozialdemokratie wie bisher weiter, so werden auch diese 27 Wahlkreise bald zu dem festen Besitzstand der Sozialdemokratie gehören. Es sind folgende (mit Prozentsatz):

Reuß j. L.	49,7	Zschopau	48,0
Kalbe-Aschersleben	49,7	Waldenburg	47,9
Breslau-West	49,6	Mannheim	47,6
Lübeck	49,6	Kiel	47,6
Döbeln	48,9	Meißen	47,5
Annaberg	48,8	Pirna	46,8
Solingen	48,7	Erfurt	46,7
Berlin II	48,7	Mühlhausen i. T.	46,7
Reichenbach-Auerbach	48,7	Hannover	46,6
Offenbach	48,7	Naumburg	46,3
Dresden-Neustadt	48,4	Rudolstadt	46,3
Charlottenburg	48,3	Stuttgart	45,9
Bremen	48,2	Halle	45,6
Gotha	48,1		

Auch von diesen Wahlkreisen liegen allein sieben im Königreich Sachsen. Die Übersicht zeigt, welche bedenkliche Fortschritte die Entwicklung der Sozialdemokratie in einzelnen Teilen Deutschlands macht.

So weit die „Kölnische Volkszeitung". Sollte diese schreckliche Statistik nicht am Ende Material zu einem neuen Ausnahmegesetz sein?

Die russischen Flottenrüstungen und der imperialistische Kurs.

4. Wettrüsten, Kriegsgefahr und Zusammenbruch.

Zeigt sich auf finanziellem und innerpolitischem Gebiet, daß die jetzt eingeleitete Rüstungsverstärkung das russische Reich dem Bankerott entgegentreibt, so tritt sie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik als ein Ausfluß der Va-banque-Politik der russischen Konterrevolution hervor. Das Wettrüsten beruht in allen kapitalistischen Staaten auf dem Bestreben der herrschenden Klassen, die endgültige Auseinandersetzung mit dem Proletariat hinauszuziehen und durch Einschwenken in das imperialistische Fahrwasser die Sterbestunde des Kapitalismus und ihrer Macht aufzuhalten. Im verzweifelten Ringen um ihre Existenz, im Konkurrenzkampf des Kapitals um neue Anlagesphären und Absatzmärkte haben die herrschenden Klassen die kapitalistische Welt in ein waffenstarrendes Heerlager verwandelt. Aber während in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern die ganze Macht der Bourgeoisie hinter der Armee und der Flotte steht und den imperialistischen Kurs der Regierung unterstützt, muß dieses Verhältnis in rückständigen Ländern wie Rußland ein wesentlich anderes sein. Auch hier ist die Armee ein Instrument der Klassenherrschaft, in gleicher Weise benutzt von dem halbfeudalen Landadel wie von dem modernen Großkapital. Aber die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit des Landes bedingt es, daß die bewaffneten Kräfte des Reiches sich zum Teil verselbständigen: einerseits dienen sie als wichtigster Stützpunkt des nur notdürftig verhüllten absolutistischen Regierungssystems, andererseits — als Werkzeug der Prestigepolitik, die von der Regierung — eben infolge ihres absoluten Charakters — getrieben wird. Einzelne Schichten der Kapitalistenklasse begrüßen es natürlich, daß die Regierung ihnen Persien und die Mongolei zur Plünderung ausliefert, sie schnappen gierig nach den Profiten, die die Flottenrüstungen ihnen versprechen, aber als Klasse steht die russische Bourgeoisie nicht hinter der Abenteurerpolitik, die die Regierung mittels einer starken Flotte zu betreiben gedenkt. Der russische Imperialismus, der nun wieder aufs Meer hinauszieht, steht auf tönernen Füßen, denn er basiert nicht auf der hohen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Ministerpräsident Kokowzew hat in seiner Dumarede vom 19. Juni klipp und klar erklärt: würde eine Kriegsflotte nur zum Schutz der Wirtschafts- und Handelsinteressen notwendig sein, so würde er sagen, eine Flotte sei nicht notwendig. „Aber, m. H., — fuhr er fort, — die russische Flotte ist nicht für diese Zwecke erforderlich: sie ist nötig, um die Interessen Rußlands zu schützen und seine Sicherheit und Würde zu wahren!" Dieses unzweideutige Bekenntnis zur Prestigepolitik ist aber nicht das einzige Charakteristikum des russischen Regierungskurses. Zum „Schutz" seines Territoriums und seiner Sicherheit bedarf Rußland einer Hochseeflotte ebenso wenig, wie zur Verteidigung seines Handels und seines Kolonialbesitzes in Asien. Alles Gerede über die „Sicherung" Petersburgs vor einer deutschen Invasion — dieses Moment wurde in der Budgetkommission und im Plenum der Duma von den Ministern unterstrichen — ist zu einfältig, als daß es irgendwie ernst genommen werden könnte. Auch als Waffe gegen Deutschland — worauf die Minister unter Berufung auf das Einvernehmen mit England hinwiesen — kommt eine russische Flotte im Baltischen Meer nicht in Betracht, da ihr durch die Minierung des Belt und des Sundes der Ausgang versperrt werden kann, während ein genügender Küstenschutz als Abwehr gegen eventuelle Landungsversuche ausreicht. Das einzige Ziel, das ernstlich in Betracht kommt, ist die Stärkung der Bündnisfähigkeit Rußlands gegenüber der einen oder der anderen Mächtegruppe Westeuropas und die Vermehrung der maritimen Kräfte Rußlands im Schwarzen Meer und im fernen Osten. Während der Ausbau der russischen Flotte hier die Aktivierung der russischen Politik der Türkei und Japan gegenüber bedeutet, kennzeichnet er den Weststaaten gegenüber eine größere Selbständigkeit und Regsamkeit der russischen Diplomatie.

Es ist klar, daß diese Entwicklung eine Verschärfung der Weltlage bedeutet und die Möglichkeit neuer Kriegsgefahren vermehrt. Anzeichen dafür sind in ausreichendem Maße vorhanden. Die drohende Haltung der Türkei gegenüber, der Flirt mit Italien, das Bestreben den italienisch-türkischen Krieg zur Aufrollung der Dardanellenfrage oder zu neuem Länderraub in Anatolien auszunutzen, die brandschürerische Tätigkeit der russischen Diplomatie und ihrer Agenten am Balkan, endlich das neuliche Anbandeln mit Deutschland, das bereits die Form einer Zusammenkunft Wilhelms II. und Nikolaus II. (die nach wenigen Tagen in den finnischen Schären stattfindet) angenommen hat — alles dies sind ernste Anzeichen, daß die Kriegspartei in Rußland wieder am Ruder ist, und daß die zarische Diplomatie, gestützt auf die neuen Rüstungen, auf neue Abenteuer ausgeht. Wie der Redner der Kadettenpartei, Professor Milukow bei der Flottendebatte in der Duma mit Recht unterstrichen hat, wird der aggressive Ton der russischen Diplomatie immer schärfer, während ihre Versuche Ultimata zu diktieren, ohne die Mittel zu haben, sie zu unterstützen, immer häufiger werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Ton von nun ab immer lauter und dringender werden wird. Obgleich die militärische und maritime Macht Rußlands, wie der japanische Krieg gezeigt hat, nicht ernst zu nehmen ist, findet die russische Diplomatie in der Zerrissenheit Europas und vor allem im Konkurrenzkampfe Englands und Deutschlands einen günstigen Boden, der ihr zu einem Einfluß verhilft, der ihrer wirklichen Macht keineswegs entspricht.

Aus der hier skizzierten Situation ergibt sich vorerst, daß infolge des aggressiven Vorgehens Rußlands eine größere Spannung und häufigere Kriegsgefahren in der internationalen Politik eintreten werden. Würde Rußland ein innerlich gefestigter, wirtschaftlich hochstehender, durch keine Klassenkämpfe zerrissener Staat sein, so würde der Eintritt Rußlands in die europäische Politik ernste Folgen nach sich ziehen können. Wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen, kann die aggressive äußere Politik Rußlands nur den Zusammenbruch des jetzigen Staatswesens beschleunigen. Auch im Konkurrenzkampf der Staaten siegt letzten Endes nur der besser organisierte,

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Es kommt uns hier garnicht darauf an, zehntausend Pfund zu verlieren. Das ist für die Brauerei nur eine Lumperei", — er machte eine wegwerfende Handbewegung — „und wird von dem Mädchen gar nicht verspürt, das zu Hause sitzt und die Profite einsteckt."

Er sprach, als ob er eine persönliche Abneigung gegen das Mädchen empfände, und Angela machte ihn darauf aufmerksam.

„Wundern Sie sich darüber?" fragte er. „Jenes Mädchen hat das ganze Vermächtnis eingesackt, das von Rechts wegen mir gehören sollte. So etwas vergibt man nicht. Sie sind jung, Fräulein Kennedy, und wollen sich erst im Geschäft versuchen. Aber denken Sie an das, was ich Ihnen jetzt sage — eines schönen Tages werden Sie die Entdeckung machen, daß es furchtbar schwer ist, selbst nur ein wenig Geld zu sparen, und dann stellen Sie sich vor, daß jenes Mädchen alltäglich Tausende einnimmt, ohne auch nur den Finger dafür zu rühren."

Dann sahen sie sich noch mehr große Hallen an, gingen weitere Treppen bis unter das Dach und nahmen noch mehr Stapel von Säcken, noch mehr Hopfen und noch mehr Malz in Augenschein. Beim Geruch des Hopfens war es ihnen, als ob sich ihnen die Kehle zusammenschnüre, beim Geruch der gärenden Flüssigkeit, als ob sie Fuselöl röchen, und beim Geruch des gestampften Malzes schien sich ihrer unwillkürlich und schnell eine Art schläfriger Trunkenheit zu bemächtigen. Überall und immer rollte der Dampf vorwärts und rückwärts, überall und immer vernahm man das Arbeiten der Maschinen, den unbeschreiblichen Lärm der Dampfkessel, sah man Männer bei der Arbeit. Diese strengten sich sichtlich nicht über Gebühr an und hatten es wohl auch nicht sehr eilig, wie wenn das Brauen von Bier eine Tätigkeit sei, bei der nichts übertrieben werden dürfe. Sie waren alle etwas blaß, aber wohlgenährt und lustig, und ihr Aussehen bewies, daß das Bier ihnen gut bekam. Einige trugen wegen des Zuges braune Papiermützen, einige gingen barhäuptig und wieder andere hatten den zu jener Zeit beliebten kleinen runden Hut auf dem Kopfe. Dann besuchten sie einen anderen Teil der Brauerei, wo Männer Fässer umrollten als wenn es Reifen wären und wo sie Bottiche mit einem Inhalt von dreitausend Fässern sahen. Unwillkürlich stellte sie sich vor, was geschehen würde, wenn eine feindliche Armee von zweihunderttausend Deutschen in London eindränge und mit der Plünderung der Stadt hier den Anfang machte. Schließlich sahen sie sich noch die Ställe an, in denen allnächtlich Hunderte von Pferden untergebracht wurden, deren jedes so groß wie ein Elefant, aber weit nützlicher war.

In einem Raum, in dem sich der größte Bottich befand, bot ihnen ein Mann eine Bierprobe an. Es war Messenger Dunkel. Angela führte das Glas mit einem seltenen Gefühl an die Lippen. Am liebsten hätte sie sich in einen stillen Winkel gesetzt und laut geweint. Der ganze Riesenbetrieb gehörte ihr, ihr allein und dieses Bier war die Quelle ihres ungeheuren Vermögens.

Als sie sich auf den Rückweg begaben, benutzte Bunker die Gelegenheit, Angela vor seinem Neffen zu warnen.

„Nehmen Sie sich vor dem jungen Müßiggänger in acht," sprach er vertraulich, „den ja einige dumme Mädchen für hübsch halten mögen, wenngleich sein Gesicht gar nicht nach meinem Geschmack ist."

„Sie meinen es jedenfalls sehr gut mit mir, Herr Bunker," entgegnete Angela, „aber weshalb warnen Sie mich?"

„Nun, das muß doch ein jeder sehen, daß er bis über die Ohren in Sie verschossen ist. Ich rate Ihnen dringend, ihn nicht zu ermuntern und nicht mit ihm zu gehen. Er hat sich viele Jahre in Amerika umhergetrieben und ist dabei, wie ich fürchte, in schlechte Gesellschaft geraten."

„Es sollte mir um ihn leid tun."

„Sie haben gesehen, wie er sich über mich, seinen Onkel lustig zu machen suchte. Kann Ihnen ein solcher Fant Vertrauen einflößen? Ein Freund vom Arbeiten ist er auch nicht, denn er sagt, daß er es noch eine Weile so mitansehen könne und gibt zu verstehen, daß er eine Tischlerwerkstatt aufmachen wolle. Nun, von meinem Gelde wird er nichts zu sehen bekommen, das sage ich ihm im voraus. Ein junger Naseweis und Wichtigtuer, der obendrein sogar ein Trinker sein soll. Was er in Amerika ausgebadet und weshalb er das Land verlassen hat, weiß niemand und wenn ich an ihrer Stelle wäre, würde ich ihn auch nicht danach fragen. Jedenfalls rate ich Ihnen noch einmal dringend, sich nicht mit ihm einzulassen."

Mit dieser Warnung verließ er sie und Angela ging nach Hause. Auf dem Heimwege dachte sie über das, was sie gesehen hatte, nach. Hunderte von Häusern, ganze Straßen, diese Riesenbrauerei, die Tag und Nacht für sie arbeitete und einen Riesengewinn nur für sie abwarf, die in sicheren Werten angelegten Kapitalien, diese Riesenreihe von Zahlen, die ihr persönliches Eigentum darstellten — alles gehörte ihr, alles war das Eigentum eines jungen Mädchens. Wahrlich, eine schwere Last für so junge Schultern!

4. Kapitel.

Des Reichtums Bürde.

„Die reichste Erbin von England!" Immer von neuem wiederholte Angela diese Worte, um sich der Verantwortlichkeit ihrer Stellung bewußt zu werden. Was sollte sie nur mit all ihrem Geld anfangen? Zum erstenmal in ihrem Leben hatte sie die große Brauerei besucht und das Heer von Arbeitern gesehen, die für sie schafften, hatte die ihr gehörigen Reihen von Häusern geschaut, deren Bewohner Miete an sie zahlten, und sie fragte sich, was sie getan hatte, um ihre besondere Ausnahmestelle, die sie von der ganzen arbeitenden Menschheit schied und über die alltäglichen Sorgen des Alltags emporhob, zu verdienen. Selbst Bunkers Klage, daß er so wenig sparen könne, während sie, die Erbin ohne ihr Zutun, so ungeheure Reichtümer anhäufte, erschien ihr pathetisch.

Nachdem sie eine Weile ziel- und planlos durch die engen Straßen des Londoner Ostends gewandert war, kehrte sie nach der Pension zurück, wo sie den einmal begonnenen Gedankengang fortsetzte. Als erste Frucht ihres angestrengten Nachdenkens richtete sie einen Brief an ihre Anwälte und forderte diese auf, ihr umgehend zwei ausführliche Berichte einzusenden — einen über die Brauerei und deren durchschnittlichen Reingewinn während der letzten zehn Jahre zusammen mit den Personalien und einem genauen Nachweis der bezogenen Löhne — den andern über die Lage ihres Grundeigentums in Ostend mit einer zuverlässigen Ortskarte und einem vollständigen Verzeichnis ihrer Mieter und Angabe ihrer Beschäftigung.

Wenn ihr diese Berichte erst einmal zugegangen sein würden, so zweifelte sie nicht, auf Grund des darin enthaltenen Materials, praktische Verbesserungen einführen zu können.

Da Herr Bunker noch kein passendes Haus für sie gefunden hatte, wußte Angela mit ihrer Zeit nichts Besseres anzufangen, als ausgedehnte Spaziergänge zu unternehmen,

kulturell und wirtschaftlich höher stehende. Die auf tönernen Füßen stehende Macht des Zarenreiches muß umso schneller zusammenbrechen, je mehr es seine finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte für nutzlose Rüstungen verzettelt, je mehr es die Aufmerksamkeit von den inneren zu den äußeren Angelegenheiten hinwendet, je eifriger es auswärtigen Abenteuern nachgeht. Ob seine unverantwortlichen Führer wollen oder nicht — das Ende einer solchen Politik ist der Zusammenbruch im Kriege gegen einen kleineren, schwächeren Feind, und die unausbleibliche Folge — der Sieg der Revolution über das morsche Gebäude der zarischen Despotie.

Die Begünstigung der „Hapag" und des Lloyd.

Der Bundesrat lehnte vor einiger Zeit das Gesuch der dem sog. Fürstenkonzern gehörigen „Deutschen Reederei" auf Konzessionierung des Auswandererbetriebes über Emden ab. Diese Stellungnahme erregte über den Interessenkreis hinaus Aufsehen und es wurde angenommen und auch aus der Hamburger Fähnchen-Rede des Kaisers geschlossen, daß die Ablehnung zugunsten der Hamburg-Amerika-Linie und des Lloyd geschah, denn „das Flaggentuch darf nicht leichtsinnig in den Winden entfaltet werden".

Donnerstag abend nimmt nun die offiziöse „Nord. Allgem. Ztg." zu dieser Sache und zur Ausgestaltung des Emder Hafens überhaupt Stellung. Sie verteidigt den Bundesrat gegenüber den Angriffen und bemerkt einleitend, daß, nachdem Preußen in den letzten Jahren den Hafen von Emden unter Aufwendung bedeutender Mittel ausgebaut habe, es ohne Zweifel notwendig sei, nunmehr Emden den zur Ausnutzung der Hafenanlagen erforderlichen Verkehr zuzuführen und auch sonst alle Einrichtungen zu schaffen, um Emden zu einem großen an den Weltverkehr angeschlossenen Handelshafen heranwachsen zu lassen. Fraglich könne nur sein, wie dies geschehen soll. Irrig sei die Annahme, daß Emden nur eines neuen Schiffahrtsunternehmens bedürfe, um ein großer Handelsplatz werden zu können. Dies sei nicht der Fall, weil zurzeit in Emden die kapitalkräftigen Unternehmen und namentlich die an dem Weltverkehr bereits beteiligten Kaufleute fehlen, die in der Lage sein würden, einem neuen Unternehmen über alle Gefahren der Entwicklung hinwegzuhelfen. Denn es liege auf der Hand, daß ein neues Schiffahrtsunternehmen, das insbesondere auch die Beförderung von Auswanderern betreiben will, nur in schwerem Kampfe mit den bereits bestehenden Unternehmen, und zwar sowohl des Inlandes wie des Auslandes, würde aufkommen können. Daß durch einen solchen Kampf die beiden großen deutschen Schiffsgesellschaften in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen werden würden, sei klar. Diese Gesellschaften stehen aber bereits an zahlreichen Stellen des Weltverkehrs in heißen Konkurrenzkämpfe mit ausländischen Unternehmungen; ihre Lage durch Schaffung eines neuen Konkurrenzkampfes im eigenen Lande zu erschweren, dürfte mehr als unerwünscht sein. Dabei dürfe nicht übersehen werden, daß der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie durchaus nicht lediglich Unternehmen der Hansestädte Bremen und Hamburg sind, sondern an diesen Weltunternehmen deutsches Kapital aus dem ganzen Reichsgebiet beteiligt ist, und daß durch die Erhaltung und Erstarkung dieser Linien auch sonst die Interessen des Reiches in lebhafter Weise berührt werden.

Das Regierungsblatt meint dann, es liege auch im Interesse Emdens, wenn man, um Emden an den Weltverkehr anzuschließen, die in Deutschland bereits bestehenden Unternehmungen benutzt und sie nach Emden führt.

Zum Schluß schreibt das offiziöse Organ:

„Aus diesen Erwägungen heraus sind die Reichsleitung ebenso wie die preußischen Ressortminister von vornherein übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß es richtiger sei, auf dem Vorhandenen aufzubauen und unter Heranziehung der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften Emden dem Weltverkehr anzuschließen. Die gleichen Erwägungen werden den Bundesrat geleitet haben, als er das Gesuch der Deutschen Reederei G. m. b. H. in Hamburg um Zulassung zur Auswandererbeförderung über Emden ablehnte.

Im übrigen ist zu erwarten, daß der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie in kurzem die von ihnen erbetene Erlaubnis erhalten werden, Auswanderer auch über den Hafen von Emden zu befördern. Die beiden Gesellschaften haben sich verpflichtet, bei Gewährung dieser Erlaubnis entweder, wie es die „Deutsche Reederei" plante, eine eigene, zunächst alle 14 Tage verkehrende, gegebenenfalls zu einer wöchentlich auszugestaltende Dampferlinie zwischen Emden und Neuyork zur Beförderung von Auswanderern und Gütern einzurichten und zu diesem Behufe alle erforderlichen Einrichtungen zu treffen, insbesondere eine Auswandererhalle auf eigene Kosten herzustellen, auch eine angemessene Zahl von Auswanderern über Emden zu leiten, oder aber diesen Dienst zwischen Emden und Nordamerika zunächst — solange er eigene Linien nicht genügend versorgt — durch Anlaufen mit ihren Dampfern von Bremen und Hamburg aus zu bewirken und daneben noch einen vierwöchentlichen Frachtdienst zwischen Emden und 1. Ostasien, 2. Australien, 3. Südamerika zu unterhalten.

Die Wahl unter diesen beiden Angeboten ist der preußischen Regierung überlassen, und es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß bei der zu treffenden Entscheidung die wohlerwogenen Interessen Emdens den Ausschlag geben werden."

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Köslin. Bei der Stadtverordnetenersatzwahl wurde Genosse Baumann mit 568 gegen 531 bürgerliche Stimmen als sechster Sozialdemokrat gewählt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Kampf der Metallarbeiter in Hannover. Nachdem die Metallarbeiterorganisationen das von den Unternehmern gemachte Angebot abgelehnt haben, ist das Einigungskomitee erneut zusammengetreten. Die Beratungen haben zunächst einen rein informatorischen Charakter. Die Unternehmer haben sich noch nicht erklärt, wie sie sich zu dem Festhalten der Arbeiter an der Herabsetzung der Arbeitszeit stellen. Die Verhandlungen sollen indes nicht abgebrochen werden. In den nächsten Tagen soll weiterhin versucht werden, eine Einigung herbeizuführen.

Verbandstag der Holzarbeiter. Bei der Abstimmung über die Frage der Heranziehung leistungsfähiger Zahlstellen zur Hauptkasse wurde mit großer Mehrheit im Prinzip beschlossen, den Münchner Beschluß in der Weise durchzuführen, daß nach der Höhe des Lokalbeitrags ein Mehrbetrag an die Hauptkasse abgeliefert werden muß. In welcher Höhe dieser sein soll, darüber soll die Kommission eine Vorlage ausarbeiten. Über „Die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe" referierte hierauf Verbandssekretär Neumann-Berlin. Redner begründete folgende Resolution: „Die fortschreitende Vervollkommnung der Maschinentechnik in der Holzbearbeitung, die Spezialisierung der Arbeitsmethoden, das zunehmende Umsichgreifen der Teilarbeit und des Akkordsystems führen zu immer größerer Intensität der Arbeit und bedingen dadurch eine höhere Ausbeutung der Arbeitskraft, verbunden mit einer Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit. Neben den Gründen hygienischer Art, die zur Hebung und Erhaltung der Gesundheit des Arbeiters eine möglichste Beschränkung der Arbeitsdauer in allererster Linie erfordern, gilt es für die in der Holzindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen als ein Gebot der Selbsterhaltung, eine der modernen Produktionsentwickelung entsprechende systematische Verkürzung der Arbeitszeit auch fernerhin zu erstreben. Der Verbandstag erklärt nach wie vor die Verkürzung der Arbeitszeit als die wichtigste Aufgabe des Verbandes und betont insbesondere, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die neunstündige Arbeitszeit als die höchst zulässige Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe bezeichnet werden muß, während in den größeren Städten entsprechend ihrer räumlichen Ausdehnung die Arbeitszeit in dem gleichen Verhältnis wie bisher eine beträchtlich kürzere sein muß. Zu dem neuerlich wieder von den beiderseitigen Zentralvorständen erwogenen Plan, eine Klasseneinteilung der Städte vorzunehmen und danach die Arbeitszeit generell für die nächsten Jahre festzulegen, erklärt der Verbandstag wiederholt seine Zustimmung und ermächtigt den Verbandsvorstand, eventuell die nötigen Maßnahmen zu treffen. Der Verbandstag erklärt ferner, daß das Bestreben des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei der Verkürzung der Arbeitszeit dahin gerichtet ist, nicht nur die wöchentliche, sondern die tägliche Dauer der Arbeitszeit einzuschränken. An die Einführung des freien Sonnabendnachmittags kann ernstlich erst herangetreten werden, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße verkürzt ist. Der Verbandstag verpflichtet vielmehr die Mitglieder, die bei den Lohnbewegungen durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit jeweils auf die sechs Arbeitstage der Woche zu verteilen, um dadurch der praktischen Durchführung des Achtstundentages immer näher zu kommen.

Soziales.

Übergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung. Der Reichskanzler erläßt auf Grund des Artikels 100 des Einführungsgesetzes folgende Bekanntmachung: 1. Für die Zeit, bis die Vorschriften des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, kann die oberste Verwaltungsbehörde die Aufgaben, die auf dem Gebiete der Krankenversicherung den unteren Verwaltungsbehörden und den Aufsichtsbehörden der Krankenkassen obliegen, den Vorsitzenden der Versicherungsämter übertragen. Die bei den unteren Verwaltungsbehörden und Aufsichtsbehörden schwebenden Angelegenheiten gehen dann in der Lage, in der sie sich befinden, auf die Vorsitzenden der Versicherungsämter über und sind von diesen zu erledigen. — Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber näheres bestimmen. 2. Die Beisitzer der bisher bestehenden Schiedsgerichte (§ 3 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900, Reichsgesetzblatt Seite 573) sind als Beisitzer in den Oberversicherungsämtern solange zuzuziehen, bis die auf Grund der §§ 71 ff. der Reichsversicherungsordnung gewählten Beisitzer ihr Amt antreten. Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber näheres bestimmen.

Wozu die Reichsversicherungsordnung herhalten muß. Eine besondere Auffassung von einigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung hat die bekannte Firma Loeser u. Wolff, Zigarrenfabriken in Elbing und Braunsberg, die in ihren Betrieben ein strammes Regiment führt, und, da sie sehr geringe Löhne zahlt, nur zu gern die Ausbreitung der Organisation zu verhindern sucht. Trotzdem ist es gelungen, unter den 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Elbinger Fabrik Mitglieder für den Tabakarbeiterverband zu gewinnen. Eines Tages werden nun einige Verbandsmitglieder gefragt, ob sie außer der Betriebskrankenkasse noch einer anderen Krankenkasse angehören. Als das verneint wurde, fragte man, ob sie nicht im Tabakarbeiterverband wären und dort Krankengeld erhielten. Dem Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes, der wegen dieser Inquisition vorstellig wurde, erklärte der Firmeninhaber, daß er sich auf die Reichsversicherungsordnung stütze; der Tabakarbeiterverband sei eine Versicherung im Sinne des § 189 der Reichsversicherungsordnung. Das ist natürlich nicht der Fall, denn ein klagbares Recht auf Krankenunterstützung steht keinem Mitglied zu. Die Firma Loeser und Wolff scheint den ersten Vorstoß machen zu wollen auf dem Wege, die Gewerkschaften als Versicherungsunternehmungen zu stempeln. Aber selbst wenn diese Auffassung der Firma richtig wäre, hätte sie so wenig wie irgend einer ihrer Angestellten oder die Verwaltung ihrer Betriebskrankenkasse das Recht, von einem Arbeiter die Angabe zu verlangen, ob er in einer anderen Vereinigung, sei es Krankenkasse oder Verband, ist oder nicht. Nach § 190 R. V. O. kann die Satzung der Betriebskrankenkasse die Mitglieder nur verpflichten, wenn sie Krankengeld oder die Ersatzleistungen dafür beanspruchen, die Höhe der Bezüge mitzuteilen, die sie gleichzeitig aus einer anderen Krankenversicherung erhalten. Ausdrücklich heißt es im Gesetz: „Die Frage, aus welcher Krankenversicherung die Bezüge herrühren, ist nicht gestattet." Es geschieht also gegen das Gesetz, wenn irgend ein Unternehmer oder seine Angestellten von hinten herum die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, die man

---

um sich mit den örtlichen Verhältnissen von Stepney vertraut zu machen. Ein oder zweimal schloß sich ihr bei diesen Ausflügen auch der junge Tischler an, den es nicht allzusehr nach der Arbeit an der Hobelbank zu gelüsten schien und der sich ihr mit seinen launigen Bemerkungen als ein unterhaltender Gesellschafter erwies.

„Kennen Sie das Wohnen?" fragte Angela ihren Begleiter, als ihr Weg sie wieder einmal durch ein trostloses, aus eintönigen, schäbigen Häusern bestehendes Straßenviertel führte. Unwillkürlich stellte sie sich vor, ein wie trauriges Dasein die Bewohner solcher Häuser führen müßten.

„Ja, ich kenne es. Und was haben Sie bei dem Vergleich zu tadeln?"

Angela zögerte mit der Antwort.

„Hier gibt es keine Automobile und Equipagen," sprach der Tischler, „keine galonierten Kutscher und Diener, keine großen freien Plätze, keine Opernhäuser, keine Klubs, keine Malereien, keine Gemäldegalerien. Alles übrige, alles Kleinliche und Niedrige des menschlichen Jahrmarktes ist hier anzutreffen."

„Es fehlt hier," sprach die Erbin, „was das Leben angenehm und lebenswert macht: Was ist das menschliche Leben ohne Geselligkeit und Kunst?"

„Vielleicht ist das Leben der Einwohner von Stepney doch nicht so eintönig, wie wir uns denken. Hoffen, Harren, Lieben und Sterben bringen auch in ihr Dasein Abwechslung." Der junge Mann vergaß ganz, wie sehr er selbst unter der Eintönigkeit dieses Lebens litt, und war nur darauf bedacht, die Gedanken des jungen Mädchens an seiner Seite, das allem Anschein nach den Rest seiner Tage hier verbringen sollte, auf ein anderes Gebiet zu lenken. „Sie vergessen, daß jedes Leben individuell ist und seine eigenen Interessen hat, die mit seiner Umgebung nichts zu tun haben. Wir sind alle so glücklich, als wir es zu sein verdienen. Wenn die Leute hier wüßten, wie sie es anzustellen hätten, um sich ein größeres Maß Glück zu verschaffen, so würden sie es sicherlich tun. Ist das Leben nicht überall eintönig? Kommt nicht für einen jeden die Stunde der Liebe, des Erfolges und des Todes?"

„Nein," entgegnete sie entschieden, „mein Leben ist nicht eintönig."

Er antwortete nicht, da er das Dasein einer Schneiderin für entsagungsvoll eintönig hielt. Sie besann sich aber wieder darauf, daß sie jetzt ja selbst eine Schneiderin sei, und erklärte:

„Die Mode wechselt doch fortwährend und bringt immer etwas Neues."

„Das wohl," erwiderte er, „aber Sie sind jung," — er selbst war mit seinen dreiundzwanzig Jahren nur zwei Jahre älter als sie — „und wenn ich es mir überlege, so ist auch mein Leben eintönig, doch denkt man zum Glück nicht oft darüber nach. Übrigens kann ich, was mich anbetrifft, nicht sagen, daß mir diese Eintönigkeit nicht gefällt."

„Ich besuchte gestern," fuhr sie fort, „den großen Kirchhof von Stepney. Ist er Ihnen bekannt?"

„Ja, das heißt nur von außen. Näher angesehen habe ich ihn mir nicht, da ich Kirchhöfe nicht liebe."

„Tausende und aber Tausende von Toten liegen auf diesem Gottesacker, und alle sind vergessen. Alle lebten, arbeiteten hart, hofften, brachten es vielleicht zu etwas Geld, starben, und die Welt hat nichts durch ihren Tod verloren."

„Nein, das können Sie nicht behaupten."

„O, ja," wiederholte sie, „alle sind vergessen und nicht ein einziger lebt mehr in der Erinnerung fort. Ich sah auf einem Grabstein eine Inschrift, die sich auf alle dort Begrabenen anwenden läßt:

Hier liegt Daniel Ball,
Ein Weber von Spitalfields, und das ist all'.

Das ist alles."

„Verdiente der Bursche etwas Besseres?" fragte ihr Begleiter. „Er war zweifellos ein guter Weber und hatte nach seinem Tode noch das große Glück, von Ihnen genannt zu werden."

Er war sich nicht völlig klar darüber, worauf sie hinauswollte; während sie an die nutzlose Vergeudung wertvollen Materials dachte.

„Diesen Leuten fehlte es sicherlich an der Macht, die Menschheit auf eine höhere Stufe der Kultur zu heben. Sie waren arm, ungebildet und wußten sich nicht zu helfen."

„Es scheint mir," meinte ihr Begleiter, „daß es überhaupt keine Macht gibt, die Menschen auf eine höhere Kulturstufe zu heben. Trotz vereinter Anstrengungen fällt es den geistigen Trägern unserer Kultur, den Gelehrten, Schriftstellern, Lehrern und Erfindern überaus schwer, selbst nur den Rückschritt der Menschheit zu verhindern. Dann und wann erleben wir tatsächlich einen Rückfall und es dauert dann wieder ein volles Jahrhundert, ehe der Schaden ausgemerzt ist."

„Aber sollte es nicht eine der vornehmsten Aufgaben der Reichen sein, sich in den Dienst des Kulturfortschritts zu stellen?"

„Einige sollen es tatsächlich versucht haben," entgegnete er, „doch weiß ich nicht, ob sie Erfolg hatten."

„Nehmen wir einmal des Beispiels wegen an, diese junge Dame, der ein so ungeheurer Besitz gehört, dieses Fräulein Messenger, wollte ihre Reichtümer zum Besten des Volkes verwenden. Wie würde sie es, Ihres Erachtens nach, anzufangen haben?"

„Höchstwahrscheinlich würde sie einen großen Geldbetrag für ein Kapital stiften und dadurch zur Verarmung der Ärzte beitragen, oder sie würde im Winter große Mengen Decken, Kohlen, Fleisch und Brot verschenken und dadurch die Massen zu Almosenempfängern herabdrücken."

Angela seufzte.

„Das klingt nicht sehr ermutigend."

„Was Sie persönlich durch Ihr Beispiel unter den Arbeiterinnen Stepneys Gutes wirken können, würde meines Erachtens zehnmal wertvoller als alles sein, was die reiche Erbin mit ihrem Gelde zustande zu bringen vermöchte. Ich verstehe nicht viel von sogenannten Wohltätigkeitswerken, doch neige ich auf Grund dreiwöchiger persönlicher Erfahrung im Londoner Ostend wie meinen Unterredungen mit meinem wackeren Onkel Bunker, zu der Ansicht, daß Fräulein Messenger besser tun würde, wenn sie mit ihrem Gelde außerhalb Stepneys bliebe, das ganz ohne fremde Hilfe fertig wird."

„O ja, ich verstehe. — — Aber Sie selbst?" Hier schwieg sie.

„Wie Arbeiter und Arbeiterinnen —"

„Sie sind doch kein Arbeiter, Herr Goslett." Sie blickte ihn durchdringend an, als ob sie die Wahrheit in seinen Augen lesen wolle. „Sie sind, was immer Sie auch sein mögen, ganz bestimmt kein Arbeiter."

Unbeirrt durch ihren Zweifel, erwiderte er:

„Ich bin in der Tat der Sohn des Sergeanten Goslett, der bei dem Aufstand in Indien seinen Tod fand. Ich bin ferner der Neffe des guten alten Benjamin Bunker, des rechtschaffenen und uneigennützigen Bunker. Meine Erziehung ging allerdings etwas über die hinaus, die die meisten meines Standes empfangen. Das sollte Ihnen genügen."

„Haben Sie wirklich in Amerika gelebt?"

„Ganz gewiß." Er verschwieg aber wohlweislich, wie lange er dort gelebt hatte.

Da Angela nicht ohne Schuldbewußtsein ein Geheimnis verbarg, so mutmaßte sie, daß auch dieser junge Mann ein solches besitze.

(Fortsetzung folgt.)

auf andere Weise nicht herausbringen kann, festzustellen beabsichtigt. Das schönste bei dieser Sache ist allerdings, daß die Firma sich auf Bestimmungen beruft, die noch garnicht einmal in Kraft getreten sind; denn der in Frage kommende Teil der Reichsversicherungsordnung ist noch nicht rechtswirksam. Schließlich begründet der Firmeninhaber seine Maßnahmen damit, daß er der Simulation vorbeugen will. Der ortsübliche Tagelohn für erwachsene weibliche Arbeiter ist in Elbing 1,30 Mk; die Fabrikkrankenkasse zahlt die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes. Wenn die Arbeiterinnen bei solcher Krankenunterstützung zuzüglich der 2,10 Mk., die sie in Krankheitsfällen pro Woche vom Verband erhalten, zum Kassenbetrug neigen sollten, so müssen die Löhne bei Loeser & Wolff sehr gering sein. Und darum ist auch zu verstehen, weshalb man glaubt, die Reichsversicherungsordnung als Instrument gegen die Gewerkschaften benutzen zu können.

Das Luftschiff „Schwaben" verbrannt.

Abermals hat ein Zeppelin-Luftschiff durch einen Unfall ein vorzeitiges Ende gefunden. Gestern vormittag ist die „Schwaben" in Düsseldorf verbrannt und total vernichtet. Leider sind bei dem Unglück auch einige Personen zwar nicht lebensgefährlich, aber doch erheblich verletzt worden. Als das Luftschiff Freitag vormittag 10 Uhr 50 Minuten, von Frankfurt kommend, landete, konnte es wegen des starken Windes nicht in die Halle gebracht werden. Über Mittag wurde das Luftschiff von einer Bö erfaßt und entzweigebrochen. Die Gaszellen entleerten sich und während das Schiff in die Höhe getrieben wurde, entzündete sich das Gas und explodierte. Dabei wurden etwa 30 Personen verletzt, darunter 7 schwer. Unter den Verletzten befindet sich auch Oberingenieur Dörr, der Führer des Luftschiffes. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus gebracht. Von dem Luftschiff sind nur die Gondeln und das Gerippe übrig geblieben. Eine authenische Darstellung wird erst später erfolgen. — Die „Schwaben" ist das vierte Zeppelin-Luftschiff, das durch Unfall ein vorzeitiges Ende fand.

Der zurzeit in Berlin weilende Direktor der Delag, Colsmann, teilt zu der Katastrophe des Luftschiffes „Schwaben" folgendes mit: Die „Schwaben" wurde mittags durch einen Brand zerstört, während es vor der Halle lag, in die es wegen des starken Querwindes nicht eingefahren werden konnte. Die Ursachen des Brandes scheinen ähnliche zu sein, wie die des Brandes in Friedrichshafen, dessen Untersuchung folgendes ergeben hatte: Bei der Entleerung des Luftschiffes wurden Zellen, nachdem sie fast vollständig von Gas entleert waren, nach unten aus dem Gerippe des Luftschiffes herausgezogen. Dadurch rieben sich die gummierten Innenflächen einer Gaszelle gegeneinander. Die Versuche haben ergeben, daß hierbei unter gewissen atmosphärischen Bedingungen Funken entstehen können, die imstande sind, das in der Zelle noch vorhandene Gas zu entzünden. Dieses Entleerungsverfahren wird deshalb in Zukunft nicht mehr angewendet werden. Auch bei der „Schwaben" scheinen, nachdem durch die Verletzung des Luftschiffes infolge einer starken Bö eine Zelle gerissen war und das Gas ausströmte, durch die gewaltsame Bewegung des Ballonstoffes Reibung und Funkenbildung entstanden zu sein. Während der Fahrt des Luftschiffes ist, da die Gaszellen gefüllt sind, eine Reibung des Stoffes nicht möglich und ein solches Unglück ausgeschlossen.

Das Luftschiff „Schwaben" ist erst im Frühjahr vorigen Jahres als „L. Z. 10" fertiggestellt worden und zeigte bald, daß es seine sämtlichen Vorgänger an Geschwindigkeit übertraf. Am 15. Juli erfolgte die Übergabe an die Delag, die vom 15. bis 24. Juli am Bodensee eine Reihe von Passagierfahrten eröffnete. Am 20. Juli fand dann die große Fahrt nach Luzern-Flüelen und zurück ohne Landen statt (400 Kilometer in 6½ Stunden), eine Glanzleistung ersten Ranges. Am 24. Juli siedelte die „Schwaben" nach Baden-Oos über zum Zwecke von Passagierfahrten. Am 17. August kehrte sie nach Friedrichshafen zurück, um nach kurzem Aufenthalt die Reise nach ihrem neuen Hafen Düsseldorf anzutreten. Bis dahin hatte das Schiff in knapp 7 Wochen 53 Tagesfahrten, darunter 42 Passagierfahrten mit 6000 Kilometern und 843 Personen (ohne Personal) ausgeführt. Die dann folgenden Fahrten ab Düsseldorf von Mitte August bis Ende November in West- und Norddeutschland, an der Wasserkante und nach Berlin sind bekannt. Fünf Monate war das Schiff ständig „unter Gas" und hat ständig glänzende Fahrtleistungen gezeigt.

Es ist ein sonderbares Zusammentreffen, daß gestern gerade ein Jahr seit dem ersten Aufstieg der „Schwaben" verstrichen war. In diesem Jahre hatte das Luftschiff 229 Fahrten gemacht und im ganzen 20 Tage 13 Stunden und 37 Minuten in der Luft zugebracht. Auf den Fahrten legte die „Schwaben" im ganzen 27 569 Kilometer zurück und beförderte 4545 Personen.

Aus dem Gerichtssaal.

Um eine Bahnsteigkarte vor das Schwurgericht. Aus Halle a. S. berichtet man: Die „formenvollendete Schönheit" unserer Justizpflege wurde wieder einmal beleuchtet durch einen Schwurgerichtsfall gegen den Techniker Proächold von hier. [illegible] mit einem D-Zuge von Nürnberg nach Halle gefahren und hatte bei Durchsicht seiner Drucksachen seine Fahrkarte versehentlich zum Fenster hinausgeworfen. Um durch die Bahnsteigsperre zu kommen, benutzte er eine Bahnsteigkarte im Werte von 10 Pfg. die er vorher durchlochte. Bei Abnahme der Karte wurde sein „Verbrechen" entdeckt. Man stellte ihn zunächst wegen einfacher Urkundenfälschung vor die Strafkammer. Diese erklärte sich aber für unzuständig, da schwere Urkundenfälschung vorzuliegen scheine; ein Verbrechen, das mit Zuchthaus und bei Zubilligung mildernder Umstände mindestens mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird. Nachdem dann nochmal drei Richter, ein Staatsanwalt, ein Rechtsanwalt und zwölf Geschworene um die „verflixte" Karte die Köpfchen angestrengt hatten, kam man zur Freisprechung. Und was mag bei der Voruntersuchung für Gehirnschmalz verquost worden sein. Ist das nicht ein Zeichen einer gesunden, gründlichen und zeitgemäßen Rechtspflege.

Wieder einer! Der frühere Notar Schläger aus Lübben wurde von der Strafkammer Kottbus für fünf Fälle von Unterschlagung, Urkundenfälschung und Betrug zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht erkannte aber nicht auf Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

In Oberschlesien machen wir das so! In Ellguth-Woischnik wurde im Frühjahr dieses Jahres der Gärtner Peter Soika als Gemeindevertreter gewählt, der den Ortsgewaltigen als oppositioneller Geist nicht gerade sympathisch war. Aber Soika erhielt von 21 abgegebenen Stimmen 15, und in einem späteren Wahlgange von 31 abgegebenen 22. Die Mehrheit der Wähler stand also ohne Zweifel hinter ihm, nicht aber der Gemeindevorsteher, der ihm gleich nach beendetem Wahlgange im Tone eines oberschlesischen Gewalthabers sagte: Die anderen bestätige ich (!), Sie aber nicht. Und in Erfüllung dieser Ankündigung erhielt Soika dieser Tage folgenden Ukas:

„Ellguth-Woischnik, den 22. Juni 1912.

Hiermit stellen wir Ihnen den Bescheid zu, daß die Gemeindevertretung in der Sitzung vom 5. Mai d. Js. Ihre Wahl zum Gemeindevertreter nicht bestätigt hat, da Sie sich Ihren Wählern nach der Wahl durch Schnapsspenden erkenntlich gezeigt haben, woraus eine Wahlbeeinflussung zu ersehen ist. Bis auf den Gemeindevertreter Franz Heryk sind sämtliche Gemeindevertreter gegen Ihre Aufnahme in die Gemeindevertretung, da Sie eine mit den in der Gemeinde bestehenden Verhältnissen höchst unzufriedene, sowie eine aufwiegelerische, ränke- und prozeßsüchtige Person sind, welche den Frieden in der Gemeinde fortwährend stört. Auch sind Sie kein deutschgesinnter Mann; bei den Reichstagswahlen haben Sie stets für den Polen agitiert, und bei der diesjährigen Wahl waren Sie sogar für den Sozialdemokraten zu stimmen entschlossen. Aus alledem werden Sie selbst ersehen, daß Sie für die Gemeindevertretung, in der Sie über das Wohl der Gemeinde mit bestimmen sollen, eine ganz ungeeignete Person sind.

Der Gemeindevorstand: Kulisch."

Der Mann hat es leider nicht selbst eingesehen, daß er eine höchst ungeeignete Person zum Gemeindevertreter ist, sondern er hat, gestützt auf seine Stimmenmehrheit, Beschwerde gegen die „Nichtbestätigung" erhoben. Aber für die Rechtsanschauungen, die bei den Behörden in Oberschlesien herrschen, gibt das obige Schreiben ein klassisches Zeugnis.

Bomben-Explosion. Ein kanonenschußähnlicher Knall verursachte gestern in einem Hause der Münzstraße in Berlin eine große Aufregung. Mehrere Besucher des im Vorderhause befindlichen Kinematographen-Theaters stürzten vor Schreck zu Boden; zahlreiche Mieter des Hauses liefen aus Furcht vor den Folgen einer Explosion auf die Straße. Brennende Pappstücke und brennende Reste einer Zündschnur, die im Torweg lagen, deuteten darauf hin, daß ein Sprengkörper zur Explosion gebracht worden war. Der Luftdruck hatte die dicken Glasscheiben im Torflügel zertrümmert und auch auf dem Hofe Schaden angerichtet. Die Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten; sie benachrichtigte die Polizei, die die Brandreste zur Untersuchung sammelte. Die Stärke des Knalls und des Luftdrucks läßt darauf schließen, daß es sich nicht um einen gewöhnlichen Feuerwerkskörper, sondern um einen großen bombenähnlichen Sprengkörper gehandelt haben muß. Diesen zur Explosion gebracht zu haben, sind drei obdachlose Männer verdächtig, die sich in der voraufgegangenen Nacht im Keller des Hauses ein Nachtlager zurecht gemacht hatten, vom Portier aber aus ihrem Schlupfwinkel vertrieben wurden. Hierbei stießen sie die Drohung aus, sie würden das Haus in die Luft sprengen.

Ein Staatsanwalt, der Strafgeld zurückweist. Der Bergarbeiterverband sandte für eins seiner Mitglieder, das wegen Streikvergehen zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, die Gerichtskosten und die verhängte Geldstrafe an die Gerichtskasse in Bochum ein. Da die Geldsendung über das Postscheckamt ging, mußte der Bergarbeiterverband als Absender angegeben werden. Weiter war auf der Postanweisung, wie das notwendig ist, der Name des Mitgliedes sowie das Aktenzeichen der Prozeßakten angegeben. Wenige Tage später erschien auf der Zentrale des Bergarbeiterverbandes ein Geheimpolizist, wie er sagte, im Auftrage der Staatsanwaltschaft, um sich zu erkundigen, in welchem Verhältnis der Bergarbeiterverband zu dem Mitglied stehe, für das er Gerichtskosten und eine über das Mitglied verhängte Geldstrafe eingesandt habe. Selbstverständlich wurde die Auskunft verweigert. Nach einigen Tagen kam das Geld mit folgender Bemerkung auf der Anweisung versehen wieder zurück: „Zahlung unzulässig durch den Verband. Schuldner ist Bergmann Georg L. . . Der Erste Staatsanwalt. J. A.: gez. Schulte — Pelkum." Es dürfte wohl nicht oft vorkommen, daß ein Staatsanwalt die Rücksendung einer verhängten und rechtskräftig gewordenen Geldstrafe anordnet. Der Fall ist übrigens nicht nur selten, er ist auch rechtlich interessant, denn unseres Erachtens geht es den Staatsanwalt nichts an, wie jemand das Geld erhält, um eine Geldstrafe zu bezahlen, solange er sich das Geld auf ehrliche Weise verschafft hat.

Karl der Große und die Polizei. Unter den Leuten, die augenblicklich den Schutz der Aachener Polizei genießen, befindet sich seit einigen Tagen eine prominente Persönlichkeit: der Kaiser Karl mit dem Zunamen „der Große", den deutsche Historiker schon auf der Suche nach einer Heimat nach Aachen verwiesen haben. So erfreulich es nun ist, daß die Heimatsbehörde sich des Mannes liebevoll annimmt, so hat das Verhalten dieser Behörde doch sogar in Aachen Aufsehen erregt. Wie die Aachener Polizei in die Lage kam, den Frankenkaiser unter ihre schützenden Fittiche zu nehmen? Es ist merkwürdig genug, um es zu erzählen! In Aachen lebt ein Mann namens Franz Herwig. Im Gegensatz zu seinen Aachener Mitbürgern, die sonst nicht viel mit der Literatur im Sinne haben, dichtet Herr Herwig. Dieser Aachener Dichter hat jetzt ein fünfaktiges Schauspiel geschrieben, in dem eine göttliche Person niederen Ranges handelnd auftritt: Kaiser Karl „der Große", im Jahre 742 (nach Ansicht der Aachener) in Aachen geboren. Das Schauspiel heißt „Herrn Karls Schwert", aber es wird dem Titel insofern untreu, indem es sich nicht ausschließlich mit dem Schwert des Frankenkaisers befaßt. Es wird in dem Stücke nicht verschwiegen, daß Herr Karl kein so konsequenter und begeisterter Anhänger der Monogamie war, wie die männlichen Philister von Aachen ihren Gattinnen gegenüber — zu sein behaupten. Es wird gesagt, daß es mit der vielgerühmten germanischen Treue und Zuverlässigkeit bei ihm man schwach stand und daß an seiner Person noch so mancherlei auszusetzen sei. Nichtsdestoweniger wurde das Stück in einem Freilicht-Theater auf dem Lousberg bei Aachen aufgeführt. Es wurde sogar von der klerikalen Kritik gutgeheißen und so präsentierten sich dann allabendlich einem Aachener Publikum die gefälligen Gefährtinnen des Nationalheiligen. Man hat nicht gehört, daß die sittliche Integrität der Töchter und Gattinnen der Aachener Bürger unter dieser Bekanntschaft gelitten hätte und es ist auch nicht darüber geklagt worden, daß die Aachener Herren der Schöpfung auf dem Wege vom Lousberg öfter in Anfechtung gefallen seien als auf dem Wege von den Stammlokalen. Da geschah etwas Unerhörtes. Das Aachener Gewerkschaftskartell mietete das Freilicht-Theater auf dem Lousberg für das Aachener Volk. In den roten Zufluchtsstätten wurde der Kartenverkauf eröffnet und am nächsten Sonntag sollte sich der Nationalheilige den kritischen Blicken der Aachener Sozialdemokraten zeigen. Es wurde nichts daraus. Die Aachener Zensur steht auf dem Standpunkt, daß man „Herrn Karl" davor bewahren müsse, Arbeitern vorgeführt zu werden. Das Stück wurde verboten und auf dem Lousberge werden am Sonntage die Aachener Arbeiter für ihren Landsmann Ersatz finden in dem Engländer Shakespeare, der schließlich ein ganz leidlicher Lückenbüßer ist und der vor Herrn Herwig wenigstens das eine voraus hat, daß sich selbst die Aachener Polizei noch nicht an ihn herangewagt hat. Es gelangt zur Aufführung „Was Ihr wollt." Man hat bisher noch nicht gehört, daß der Aachener Zensor in dem Titel dieses Stückes eine Anzüglichkeit erblickt hat. Besorgt wird es allerdings! Man befürchtet, der Zensor erblicke in dem Titel eine Kritik seines Vorgehens und es solle damit gesagt sein, auf dem Theater habe zur Aufführung zu kommen, was das Publikum wolle und der Wille des Zensors sei je eher je lieber auszuschalten. Wir wissen nicht, ob diese Schwarzseher recht behalten werden. Die Zeiten müssen es lehren!

Schwerer Betriebsunfall. In der Kruppschen Fabrik in Essen explodierte eine Gießpfanne mit flüssigem Stahl. Die Masse ergoß sich über die darunter stehenden Arbeiter, von denen fünf lebensgefährlich verletzt wurden.

Krieg im Frieden. Der „Pfälzischen Post" wird vom Truppenübungsplatz des 2. bayerischen Armeekorps Hammelburg folgendes gemeldet: „Eine Infanterie-Brigade scharf beschossen! Diese Woche entgingen die Angehörigen der 5. Infanterie-Brigade, bestehend aus den in der Pfalz garnisonierenden Infanterie-Regimentern 22 und 23 und dem 2. Jägerbataillon, einer großen Gefahr. Von Montag, 17. d. M., ab begannen früh 6 Uhr die Exerzitien im Brigadeverband, die bis 9 Uhr an jedem Tage so beendet sein mußten, daß der Platz vollständig geräumt war, da punkt 9 Uhr das Scharfschießen der Artillerie begann. Als nun die Brigade diese Woche früh 8,45 Uhr nach dem etwa eine halbe Stunde entfernten Lager abrückte, ertönte plötzlich Artilleriefeuer und ein scharfer Schuß schlug krachend zirka 300 Meter hinter der Truppe ein. Ein höherer Führer hatte die Geistesgegenwart, sofort „Marsch, Marsch!" zu kommandieren, und die Truppen mußten im Laufschritt der gefahrvollen Feuerzone der Artillerie enteilen." Wir sind nun neugierig, ob eine amtliche Darstellung des Vorfalls erfolgt und ob etwaige Schuldige zur Verantwortung gezogen werden.

Der Zentrumspfarrer als Erzieher. In einem Orte bei Monheim vom Ries traf am Sonntag der katholische Pfarrer, abends um 9 Uhr, auf der Straße einen 25jährigen Burschen plaudernd mit einem Mädchen beisammen stehen. Entrüstet fragte er das Paar, was es um diese Zeit noch auf der Straße zu tun habe. Der Bursch war über diesen unvermuteten Angriff des hochwürdigen Herrn ganz baff und stotterte einige Entschuldigungsworte, die aber bei dem Seelenhirten keinen Anklang fanden, denn er verabreichte dem Burschen eine solch kräftige Ohrfeige, daß er auf den Erdboden flog. Der Gezüchtigte erhob sich und wollte fragen, was das zu bedeuten habe, aber er kam nicht dazu, denn der geistliche Herr schmetterte ihn noch ein paar Male zu Boden und begab sich dann ins Wirtshaus, wo er aber nicht allzulange verweilte, denn mittlerweile hatten die Kameraden des mißhandelten Burschen von der Sache gehört und sich ebenfalls im Wirtshause versammelt, wo sie eine Haltung einnahmen, daß der Herr Pfarrer es für geraten hielt, sich wieder zu empfehlen.

Drei Brüder im Bergbau schwer verletzt. Auf der Zeche Neu-Iserlohn waren 2 Bergleute, Gebrüder Brämer, mit dem Abtun von Sprengschüssen beschäftigt. Die Arbeitsstelle muß jedoch nicht wetterrein gewesen sein, denn es kam zu einer Explosion, wobei die beiden Brüder schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten. Ein anderer Bruder der Verletzten verunglückte am 22. Juni auf der Zeche „Siebenplaneten" durch Steinfall schwer. Alle drei sind verheiratet und befinden sich im Krankenhaus, wo sie hoffnungslos darnieder liegen.

Das Explosionsunglück in Schönebeck. Aus Magdeburg wird über die Explosion in der Allendorffschen Munitionsfabrik weiter berichtet: Als die Feuerwehren von Schönebeck und Groß Salze an die Unfallstecke eilten, fanden sie dort zwischen den Fabrikgebäuden nur noch einen gewaltigen rauchenden Trümmerhaufen. Der Brand war schon zuvor von der Fabrikfeuerwehr gelöscht worden. Die von der Katastrophe betroffenen beiden einstöckigen massiven Gebäude, der Wasch- und Trockenraum für die Herstellung von Trinitrotoluol, einem vorwiegend zur Granaten- und Minenfüllung benutzten Sprengstoff, waren durch die Gewalt der Explosion dem Erdboden gleichgemacht worden. Ein Teil der Eisen-, Stein- und Holztrümmer war in das große gegenüberliegende Fabrikgebäude geschleudert worden und hatte verschiedene der dort beschäftigten Arbeiter mehr oder weniger erheblich verletzt. Unter den Trümmern der beiden Gebäude selbst wurden die Leichen von vier Angestellten gefunden. Kurz nach 6 Uhr konnten die letzten der Leichen geborgen werden. Ihr Zustand wies darauf hin, daß die Opfer einen schmerzlosen schnellen Tod gefunden haben. Die Entstehung des Unglücks ist noch in Dunkel gehüllt und wird wohl auch schwerlich aufgedeckt werden können, da die einzigen Zeugen den Tod gefunden haben.

Infolge einer Benzinexplosion in einer Chemischen Fabrik in Sosnowice ist ein Brandschaden von 100 000 Rubeln entstanden. Drei Arbeiter sind dabei umgekommen, ein vierter liegt hoffnungslos darnieder.

Klosteridylle. Die Polizei in Rennes ist dahinter gekommen, daß in dem früheren Ursulinerinnenkloster in Montfort, das nach der Einziehung der Kirchengüter dem Staate gehört, allnächtliche wüste Orgien gefeiert werden, an denen Personen beiderlei Geschlechts teilnehmen. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet. Mehrere Personen wurden bereits verhaftet.

Durch einen Wolkenbruch sind in der Stadt Guanajuato große Verheerungen angerichtet worden. Hunderte von Menschen sollen umgekommen sein.

Kleine Chronik. Der D-Zug 189, von Eisenach nach Eger, fuhr bei Tröbsdorf in eine Kolonne Streckenarbeiter. Zwei wurden getötet, einer schwer verletzt. — Die Verkäuferin Stein wurde auf der Landstraße bei Arnaville ermordet aufgefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß durch drei Messerstiche in die Kehle der sofortige Tod herbeigeführt worden ist. Der Täter ist der 45jährige Onkel der Ermordeten, Paul Stein, ein Metalldreher aus Borsigwalde bei Berlin, der geflohen ist. — Auf der Landstraße in der Nähe von Kosmesti in Rumänien stieß ein Automobil mit einem Bauernwagen zusammen. Drei Bauern blieben auf der Stelle tot. Das Automobil stürzte in einen Straßengraben. Von den Insassen wurden der Arzt Dr. Jonescu und ein Militärarzt sofort getötet. Zwei Stabsärzte sowie ein weiterer Militärarzt wurden leicht verletzt. — Auf der Bahnstrecke Zaperossie—Weskobinja der Jekaterina-Bahn ist ein Güterzug entgleist. Ein Oberschaffner ist getötet, zwei Schaffner verletzt worden. Eine sehr große Anzahl Wagen wurden zertrümmert. — Ein dreitägiger Platzregen überschwemmte einen von Karassubazar und riß 50 Häuser und sämtliche [illegible] fort. Viel Vieh ist umgekommen. Eine große Anzahl [illegible] sonen ist obdachlos.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmartz. Druck: Friedr. Meye[illegible]
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

6. Distrikt.

Montag, den 1. Juli 1912 abends 8 Uhr (1587
im Gewerkschaftshaus.

Deutscher

Transportarbeiterverband

Sitzung der Beschwerdekommission
am Montag, dem 1. Juli 1912 abends 8 Uhr präzise (1617
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Verband der

Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Durch Unglücksfall starb unser Mitglied, der Kollege

Karl Teckenburg.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 1. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Versammlung der Mitglieder zur Teilnahme an der Beerdigung um 2½ Uhr beim „Weißen Hirsch“.

1582) **Die Ortsverwaltung.**

Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen bewiesene Teilnahme, insbesondere seinen lieben Kollegen, sagen wir hiermit unsern tiefsten Dank. (1597

Marie Koch Ww.

geb. Arndt,
und Kinder.

Möbliertes Zimmer zu vermieten, wöchentl. 2.50 Mk. (1570
Schwartauer Allee 33.

Ein gut möbl. Zimmer für ein oder zwei junge Leute
1724) Brießstraße 7, I.

Ein leeres Zimmer

zu vermieten (1625
Depenau 4/7.

Zu sofort oder später eine Gangwohnung, ein leeres Zimmer und eine Werkstätte zu vermieten (1603
Obertrave 57.

Eine Wohnung

zu vermieten (1581
Füchtingstraße 39, I.

Zum 1. Juli od. später zu vermieten abgeschlossene 1133

2-Zimmer-Wohnungen

Näh. Chasotstr. 18, pt., vorne.

Kleine Wohnung zu vermieten Wakenitzmauer. Näheres
1598) Augustenstr. 2.

Zum 1. Oktober **eine Zwei-Stuben-Wohnung** zu verm. (1602
Krempelsdorfer Allee 56.

Gesucht zum 1. Oktober **eine Wohnung** mit Stall, Moislinger Allee oder Wilhelmshöhe. (1565
Off. u. **K B** an die Exp. d. Bl.

Zum 1. Oktober eine 2—3-Zim.-Wohn. ges. Off. u. Ang. d. Preises und Nebengelasse unter **E. B. 19** a. d. Exp. d. Bl. (1627

Gesucht zum 1. Oktober eine Zwei-Zimmer-Wohnung nahe v. Hüxtert., am l. Bleicher- o. Pelzerstr., v. 2 m. 1 Kind. Ang. m. Pr. u. R. A. (1552

Jüngerer Laufbursche gesucht.

1589
Fackenburger Allee 70, pt.

Tüchtigen Malergehilfen

Holz- u. Schriftenmaler bevorzugt, stellt ein
Max Stein, Maler
1615) Geverdesstraße 5.

Zu verkauf. fast neuer **Kinderwagen** auf Nickel u. Gummi, zwei **Petroleummaschinen.**
1566) Ludwigstraße 61, pt.

Ein starkes guterhaltenes **Fahrrad** zu verkaufen.
1567) Kohlhofstr. 60 a.

Kinderwagen zu verkaufen
1600 Brockesstraße 44, I.

Billig ... zu ... starke **Sellerie-** sowie **Kohlpflanzen**
... 01) ...straße 3 (rechts, part.)

Küchenschrank, Schrank für Werkzeug, **Kommode, Trockenständer** billig z. verkaufen.
... Hundestraße 7, p.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 30. Juni von 1 Uhr ab. (1551
Dr. med. Feldmann, Breitestr.
Dr. med. Wex, Ratzeburg. Allee 2a.
Dr. med. Schnoor, Schwart. Allee 47.

Ein **Haus** mit Drei-Zimmer-Wohnungen zu kaufen gesucht. Angebote unter **P S** an die Expedition dieses Blattes. (1560

Ein gut erhaltener Herren-Sommer-Paletot u. Jacket billig zu verkaufen.
1579) Stitenstraße 24, I. r.

Ein gut erhalt. weißer Knaben-Anzug, passend für das Alter von 6—9 Jahren, billig zu verkaufen.
1574) Brockesstraße 45, part.

Ein Damenrad zu verkaufen,

fast neu. (1561) Reiferstraße 38 a.

Dunkelgrüner Kastenwagen, ganz auf Nickel und Gummireifen, zu verkaufen. Kottwitzstr. 36, I. (1564

Guterh. Kinderwagen

billig zu verkaufen.
1569) Wickedestr. 41, II.

Billig zu verkaufen **2 Sofas,** fast neu.
1616) Langer Lohberg 49, I.

---

2 Gesellenkoffer und eine Bettstelle mit Matratze und Bettzeug billig zu verkaufen
1623) Moislinger Allee 50 b.

Ein Schloßkorb zu verkaufen

1585) Friedenstraße 93, part.

Steppdecken. Beziehen, Umarbeiten.
Frau **Spethmann,**
1626) Westhoffstr. 50.

Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet, Stück 7 Pfg. Off. u. **S. A.** an die Exp. d. Bl. (1563

Empfehle mich zu allen in meinem Fache vorkommenden Arbeiten.
Georg Neumann, Schuhmacher
1613) Petrikirchhof 1—3.

Schott. Karre, Ausziehtisch, Küchentisch, Kuckuckuhr, Blumenkästen, Waschtopf, Kinderklappstuhl bill. zu verkaufen. (1586) Krähenstr. 7, p. l.

Neuer **Jackett-Anzug** für schlanke Figur, sowie guter **Rock-Anzug** billig zu verkaufen.
1584) Pelzerstraße 22a, I.

---

1 Grammophon mit Platten für 20 Mk. zu verkaufen.
1512) Wakenitzmauer 122, part.

---

1 Trittnähmaschine, neuer und ein getragener **Jackett-Anzug, Knaben-Block- od. Breakwagen, Scheibenbüchse** zu verk. (1562) Hundestr. 2, p.

Eine **Glucke mit 6 Küken** und eine festsitzende **Glucke** zu verkauf.
1571) Sedanstraße 6a.

Lachtauben zu verkaufen.

1590) Düstere Querstraße 1.

... und ... zu verkaufen (1549
Hoffmann, Roggenhorst.

Einige Legehühner

zu verkaufen.
1575) Reiferstraße 52.

---

2 Glucken mit w. Wiandotte-Küken und ein weißer Hahn zu verkaufen. (1557) Brockesstr. 31.

Ein gut singender **Kanarienhahn, 2 Geweihe** und **1 Holzbadewanne** billig zu verkaufen.
1558) Bülowstraße 15, I.

W. Baars, Barbier und Friseur,

1583) **Aegidienstraße 16.**
Anfertigung sämtlicher Haararbeiten auch von ausgekämmtem Haar.

Neue Fahrräder billig!

1591
Mäntel, Schläuche, Ersatzteile sowie Reparaturen gut und billig
Max Schultz, Wakenitzmauer 5.

Ein prächtiges Geschenk

für die Ferien für Knaben u. Mädchen. Ein Posten **Rollschuhe,** feinste amerik. Doppelkugellager, fast neu, unverwüstlich, vorzüglich geeignet für Chaussee und Straße zum Preise von 3 Mk. (Neuwert 12 Mk.) abzugeben.
1593) **Wilhelmtheater.**

== Betten ==

w. gründl. gereinigt u. auf Wunsch im Beisein nachgefüllt
Chem. und Dampfreinigung
1578) Blücherstr. 27. Teleph. 8955.

Ad. Höhner, Uhren- u. Goldwarenhandlg. u. Reparaturwerkstatt. (104) **Fünfhausen 13.**

Alle Sorten Weine und Spirituosen

auch im Kleinverkauf u. Ausschank
58) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

⚒ Christian Gäde ⚒

Kontor: **Fischergrube 4** Fernsprecher 242

1572) empfiehlt alle Sorten

Brennmaterialien

zu billigsten Sommerpreisen.

Jetzt günstigste Zeit zur Eindeckung des Winterbedarfs.

Vollste Garantie für richtiges Gewicht resp. Mass.

Den geehrten Bewohnern von Lübeck und Umgegend teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich in meinem Hause

Fackenburger Allee 64

am 1. Juli eine

Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung

verbunden mit
Reparaturwerkstatt
sowie Lager von
Ersatz- und Zubehörteilen
eröffnen werde.
Hochachtungsvoll
1605) **Karl Vollmer,** Feinmechanikermeister.

Charles Dickens' ausgewählte Werke

in zwei guten Leinenbänden sind noch vorrätig und geben dieselben zum Preise von Mk. 2.40 an die Leser des Volksboten ab.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Aelteste u. billigste Bezugsquelle Vorstadt St. Lorenz

empfiehlt sich in großer Auswahl für:

Damen-Stiefel von 3⁰⁰ Mk. an. **Herren-Stiefel** von 5⁵⁰ Mk. an.

Knaben- u. Mädchen-Stiefel Größe 27—30 v. 3⁰⁰ Mk. Größe 31—35 v. 3⁵⁰ Mk. an.

Spezialität: **Sandalen** in allen Preislagen.

Schuhwarenhaus Hermann Bade,
1279 **Marienstraße 2.**

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Meyer & Comp.

Johannisstraße 46.

Heute Sonnabend

16 Rosengarten 16.
ff. Kalbfleisch . . Pfund **60** Pfg.
ff. Kalbsbraten . Pfund **70** Pfg.
1622) **Johann Möller.**

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer zc. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (180

Empfehle zum Sonntag:
Salat-Gurken, Blumenkohl, Spitz- u. Wirsingkohl u. sämtl. Gemüse.
1596 **M. Knüppel, Stockelsdorf.**

Gute Magnum bonum und neue lange Kartoffeln
1607) empfiehlt billigst **C. Prestin,**
Fleischhauerstr. 60 Siehe Schaufenster

Für die Ferien

empfehle:

Knaben-Blusen von **95** Pfg. an
Knaben-Hosen in Cheviot und Satin v. **1.20** Mk. an
Mädchen-Waschblusen (Kieler Form)
Schwarze u. braune Strümpfe in allen Größen
Kinder-Socken in allen Preislagen
Herren-Socken von **15** Pfg. an
Macco- und poröse Unterzeuge
Sommer-Joppen von **1.85** bis **9.00** Mk.
Hüte und Mützen.

Ernst Diederichs

1621) **Rote Rabattmarken.**
Brockesst. 25, Ecke Warendorpst.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

10.50 Mk. 12.50 Mk.

Rote Rabattmarken. — **oder 4 Prozent bar.**

Welt-Schuh-Marke Salvator Garantiert

15.50 Mk. 18.00 Mk.

107) **Alleinverkauf**
F. Baurenfeind, Mühlenstr. 34.

Prachtvolle Salongarnitur Mk. 165, Salonschrank 75, Tisch 18, eleg. Plüschgarnitur 85, Vertikos reich geschnitzt 55, gr. Trumeaux 35, reich geschnitzte Vortgarnit. mit Herrensessel 150, Schlafzimmer ff. u. Küche, Diwan, Stühle, Verschiedenes. (108

Besichtigung Wahmstr. 83, p. r.

Zigarren

en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
HEINR. HAGELSTEIN
Königstrasse 85
In.: **W. Piquardt.** (975

Tapeten u. Borden

in großer Auswahl.
Billigste Preise.

Marli-Drogerie

1620) **Wilh. Hohenschild**
Marlistr. 42 c. Telephon 736.

Holzteer, Kohlenteer und Karbolineum

empfiehlt billigst

Reinh. Büsen

Arnimstraße. (1619

Herren-Sohlen	**2.25** Mk.
Damen-Sohlen	**1.40** „
Herren-Absätze	**0.75** „
Damen-Absätze	**0.50** „
Kinder-Sohlen u. Abs. v. 1.00 an.	

1576) **Johannes Voss,** Hüxst. 90.

Legen Sie Wert auf **solide** und **dauerhafte Arbeit,** dann bitte ich um Aufträge.
Schuh-Reparatur-Werkstatt
1592) **Karl Obst, Brink 11 b.**